

Materialien

für die 1. Tagung
des 3. Stadtparteitages

am 24. März 2012
Veranstaltungssaal LVB,
Angerbrücke, Jahnallee 56

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung	Seite 3
Zeitplan	Seite 4
Geschäftsordnung	Seite 5
Wahlordnung	Seite 7
Rechenschaftsbericht des Stadtvorstandes	Seite 8
Bericht der Finanzrevisionskommission	Seite 22
Bericht der Schlichtungskommission	Seite 24
Kandidatenkonzept 10 mal 10	Seite 25
A.1. Größe des Stadtvorstandes	Seite 28
A.2. Größe der Kommissionen	Seite 29
A.3. Behindertenpolitischer Teilhabeplan	Seite 30
A.4. Belange von Menschen mit Behinderungen	Seite 31
A.5. Erarbeitung Kommunikationskonzept	Seite 32
A.6. Umgang mit Papier Linke Mittelstandspolitik in Leipzig	Seite 33
F.1. Nachtragshaushalt 2012	Seite 43
F.2. Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2011	Seite 44
Kandidaturen Stadtvorstand und Kommissionen	Seite 45

Tagesordnung für die 1. Tagung des 3. Stadtparteitages

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung des 3. Stadtparteitages (Wahl der Versammlungsleitung und der Kommissionen, Beschlüsse GO, WO, Tagesordnung, Zeitplan)
3. Referat des Vorsitzenden
4. Bericht der Finanzrevisionskommission
5. Bericht der Schlichtungskommission
6. Diskussion
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Jahresabschluss Finanzen 2011
9. Entlastung des Stadtvorstandes
10. Vorstellung und Wahlen:
 - a. Stadtvorstand
 - Vorsitzende/r
 - Stellvertretende Vorsitzende
 - Stellvertretender Vorsitzender
 - Schatzmeister/in
 - Jugend Frauenliste
 - Jugend gemischte Liste
 - Frauenliste
 - gemischte Liste
 - b. Finanzrevisionskommission
 - c. Schlichtungskommission
11. Anträge
12. Schlusswort

Zeitplan für die 1. Tagung des 3. Stadtparteitages

- 1
- 2 9:00 Uhr Eröffnung und Begrüßung
- 3 9:15 Uhr Konstituierung des 3. Stadtparteitages (Wahl der Versammlungsleitung und der
- 4 4 Kommissionen, Beschlüsse GO, WO, Tagesordnung, Zeitplan)
- 5 9:45 Uhr Referat des Vorsitzenden
- 6 10:15 Uhr Bericht der Finanzrevisionskommission
- 7 10:25 Uhr Bericht der Schlichtungskommission
- 8 10:35 Uhr Diskussion
- 9 12:00 Uhr Mittagspause
- 10 12:45 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 11 12:50 Uhr Jahresabschluss Finanzen 2011
- 12 13:00 Uhr Entlastung des Stadtvorstandes
- 13 13:05 Uhr Vorstellung und Wahlen zum Stadtvorstand (Einzelwahlen)
- 14 13:30 Uhr Vorstellung und Wahlen Stadtvorstand Jugendlisten
- 15 14:00 Uhr Vorstellung und Wahlen Stadtvorstand Frauenliste
- 16 15:00 Uhr Vorstellung und Wahlen Stadtvorstand gemischte Liste
- 17 16:00 Uhr Vorstellung und Wahl der Finanzrevisionskommission und der
- 18 Schlichtungskommission
- 19 16:45 Uhr Anträge
- 20 17:45 Uhr Schlusswort

Geschäftsordnung 3. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig

- 1
2 1. Der Stadtparteitag wird durch die Tagungsleitung geleitet. Diese wird in offener Abstimmung mit
3 einfacher Mehrheit gewählt. Die Tagungsleitung besteht aus sechs Delegierten.
- 4 2. Die Mandatsprüfungs-, Redaktions- und Wahlkommission werden in offener Abstimmung mit
5 einfacher Mehrheit gewählt.
- 6 3. Die Mandatsprüfungskommission entscheidet über die Rechtmäßigkeit von Delegierungen.
7 Organisationen der Basis und Zusammenschlüssen, die den Frauenanteil (entsprechend der
8 Mindestquotierung von 50 %) nicht eingehalten haben, bleiben die den Frauen vorbehaltenen
9 Mandate unbesetzt. Organisationen der Basis, deren Frauenanteil bei weniger als 25 Prozent liegt,
10 können im Einzelfall Ausnahmen beschließen.
- 11 4. Die Mandatsprüfungskommission stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie ist gegeben, wenn
12 entsprechend ihres Berichtes mindestens 50 % der Delegierten Frauen und mehr als 50 % der
13 Delegierten anwesend sind. Für die Feststellung der Anwesenheit sind die Anmelde Listen der
14 Mandatsprüfungskommission relevant.
- 15 5. Die Wahlkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, einer/einem Stellvertreter/in sowie
16 mindestens fünf weiteren Mitgliedern. Zur ordnungsgemäßen Wahldurchführung kann sie
17 Helfer/innen, die selbst nicht zur Wahl stehen, heranziehen. Über den Abschluss von
18 Kandidatenlisten entscheidet nach Antrag der Tagungsleitung die Versammlung mit einfacher
19 Mehrheit.
- 20 6. Die Antragskommission ist für die redaktionelle Überarbeitung von Anträgen zuständig und
21 schlägt dem Stadtparteitag Verfahrensweisen zum Umgang mit Anträgen vor.
- 22 7. Der Ablauf des Stadtparteitages wird nach der beschlossenen Tagesordnung und dem Zeitplan
23 geregelt. Eine Veränderung der Tagesordnung und des Zeitplanes während des Stadtparteitages
24 bedarf der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Delegierten. Antrag auf „Abschluss der Debatte“
25 können nur Delegierte stellen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.
26 Vor dieser Abstimmung wird die Rednerliste verlesen.
- 27 8. Beschluss- und Rederecht haben die gewählten Delegierten. Mitglieder der Linksfraktion im
28 Deutschen Bundestag, im Sächsischen Landtag sowie der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat,
29 Mitglieder des Bundes-, Landes- und Stadtvorstandes Leipzig DER LINKEN. haben Rederecht. Von
30 dem Stadtparteitag in Gremien oder als Delegierte zu Landes- und Bundesparteitag gewählte
31 Mitglieder sind TeilnehmerInnen mit beratender Stimme, sofern sie nicht Delegierte sind.
- 32 9. Wortmeldungen sind schriftlich bei der Tagungsleitung einzureichen. Die Tagungsleitung erteilt
33 das Wort unter Berücksichtigung der Quotierung in der Reihenfolge der Wortmeldungen und kann
34 auch Gästen das Wort erteilen. Die Redezeit für jeden Diskussionsbeitrag beträgt fünf Minuten.
35 Wird eine Verlängerung der Redezeit gewünscht, entscheidet darüber der Stadtparteitag mit
36 einfacher Mehrheit. Niemand kann innerhalb einer Debatte mehr als zweimal das Wort erhalten.
- 37 10. Dringlichkeits- oder Initiativanträge können unmittelbar zum Stadtparteitag eingebracht
38 werden. Sie bedürfen der schriftlichen Unterstützung von 15 Delegierten mit beschließender
39 Stimme. Zur Begründung des Antrages erhält der/die Antragsteller/in das Wort. Die Redezeit

40 beträgt drei Minuten. Vor der Abstimmung über einen Antrag kann ein/e Redner/in dagegen und
41 eine/r dafür sprechen. Die Redezeit beträgt zwei Minuten. Über den Antrag entscheidet der
42 Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Delegierte können nach einer Abstimmung persönliche
43 Erklärungen abgeben. Die Redezeit dafür beträgt eine Minute. Bei Anträgen auf eine begrenzte
44 Debatte sind Inhalt und Zeitdauer vorzuschlagen.

45 11. Anträge zur Geschäftsordnung können nur durch Delegierte mündlich gestellt werden. Das Wort
46 zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner erteilt. Vor der
47 Abstimmung erfolgen eine Für- und eine Gegenrede. Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag ist erst
48 nach Abschluss der Behandlung des ursprünglichen Geschäftsordnungsantrages zulässig.

49 12. Beschlüsse werden, sofern nichts anderes vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der
50 anwesenden Delegierten gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die
51 Abstimmung erfolgt durch Heben der Delegiertenkarte.

1 **Wahlordnung 3. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig**

- 2 1. In geheimer Wahl werden gewählt:
- 3 • die/der Vorsitzende des Stadtverbandes
- 4 • die zwei Stellvertreter/innen der/des Vorsitzenden
- 5 • der/die Schatzmeister/in
- 6 • die weiteren Mitglieder des Stadtvorstandes
- 7 • die Mitglieder der Finanzrevisionskommission • die Mitglieder der Schlichtungskommission
- 8 • die Delegierten zum Landes- und Bundesparteitag • die Vertreter/innen für den Landesrat
- 9 2. Wahlberechtigt sind die Delegierten zum 3. Stadtparteitag der Partei DIE LINKE. Leipzig.
- 10 3. Die Aufstellung der Kandidierendenliste wird von der Tagungsleitung geleitet. Jede/r Delegierte hat das
- 11 Recht, Vorschläge zu unterbreiten oder sich selbst als KandidatIn vorzuschlagen.
- 12 4. Zur Wahl können auch Gäste vorgeschlagen werden, wenn sie Mitglied der Partei DIE LINKE. sind und dem
- 13 Stadtverband Leipzig angehören.
- 14 5. Wenn Mitglieder der Wahlkommission selbst zur Wahl stehen, scheiden sie aus der Wahlkommission aus.
- 15 Für ausgeschiedene Mitglieder ist für den Fall des Unterschreitens einer Mindestzahl von sieben Mitgliedern
- 16 der Wahlkommission umgehend durch den Stadtparteitag nachzuwählen.
- 17 6. Jede/r Delegierte hat das Recht, Fragen an die KandidatInnen zu stellen, die KandidatInnenvorschläge zu
- 18 unterstützen und Einwände zu erheben.
- 19 7. Bei begründeter Abwesenheit von KandidatInnen können Fragen zur Person durch eine Person des
- 20 Vertrauens beantwortet werden.
- 21 8. Zur Realisierung der Geschlechterquotierung ist zunächst ein erster Wahlgang für ausschließlich
- 22 Kandidatinnen durchzuführen. In einem zweiten allgemeinen Wahlgang mit weiblichen und männlichen
- 23 Kandidierende werden dann die restlichen Mandate vergeben. Als gewählt gelten die Kandidaten mit den
- 24 meisten Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist dann eine Stichwahl notwendig, wenn es um den jeweils letzten
- 25 zu vergebenden Platz geht. Für die Wahl zum Stadtvorstand gilt eine Jugendquote, welche zwei Mitglieder
- 26 umfasst. Für die Delegiertenwahlen für Landes- und Bundesparteitag gilt eine Jugendquote von 20 %.
- 27 Jugendliche in diesem Sinne sind Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Innerhalb
- 28 dieser Jugendquote muss die Geschlechterquotierung eingehalten werden.
- 29 9. Die Delegierten verfügen bei jeder Wahl über so viele Stimmen, wie zu vergebende Plätze vorhanden sind.
- 30 Es müssen nicht alle Stimmen ausgeschöpft werden.
- 31 10. Bei der Wahl der/des Vorsitzenden gilt die/derjenige als gewählt, die/der mehr als 50 Prozent der
- 32 Stimmen der anwesenden Delegierten erhält. Sollte im ersten Wahlgang keine/r die absolute Mehrheit
- 33 erhalten, gehen die beiden bestplatzierten Kandidat/innen in einen zweiten Wahlgang mit Stichwahl
- 34 Charakter, bei dem der/die Kandidat/in mit den meisten Stimmen gewählt ist. Bei Stimmengleichheit finden
- 35 weitere Wahlgänge statt. Die Wahl der Stellvertreter/innen und des/der Schatzmeister/in erfolgt nach dem
- 36 gleichen Verfahren.
- 37 11. Die Wahl wird durch die vom Stadtparteitag gewählte Wahlkommission geleitet. Über jede durchgeführte
- 38 Wahl ist ein schriftliches Protokoll anzufertigen, das vom Wahlleiter/Wahlleiterin und zwei Mitgliedern der
- 39 Wahlkommission und einem Vertreter der Versammlungsleitung zu unterzeichnen und in geeigneter Form zu
- 40 veröffentlichen ist.

1 **Rechenschaftsbericht des Stadtvorstandes DIE LINKE.**

2 **Leipzig an die 1. Tagung des 3. Stadtparteitages**

3 Mit dem vorliegenden Rechenschaftsbericht soll ein Resümee der Arbeit des Stadtvorstandes
4 im Zeitraum von Februar 2010 bis Februar 2012 gezogen werden. Der Text entstand auf der
5 Basis von Zuarbeiten aller Mitglieder des Stadtvorstandes, wurde vom Stadtvorstand in zwei
6 Sitzungen (10. Januar und 14. Februar 2012) diskutiert und verabschiedet. Das vorliegende
7 Dokument kann und will - nicht zuletzt aus Platzgründen - weder die vier Tagungen des 2.
8 Stadtparteitages, noch die insgesamt 24 Sitzungen des Stadtvorstandes oder alle wichtigen
9 politischen Aktivitäten des Stadtverbandes im genannten Zeitraum aufführen.

10 **1. Einleitung**

11 Mit der Bundestagswahl im September 2009 (11,9 Prozent) und weiteren landespolitischen
12 Erfolgen (Ersteinzug in den Landtag von Schleswig-Holstein, später dann ebenso in NRW,
13 Regierungskoalition mit der SPD in Brandenburg) wurde die Gründungsphase der Partei DIE
14 LINKE auf Bundesebene abgeschlossen und eine Konsolidierungsphase eingeleitet, die
15 allerdings von Anfang an unter einem ungünstigen Stern stand. Zum Jahreswechsel
16 2009/2010 erklärte der damalige Parteivorsitzende Oskar Lafontaine aufgrund einer
17 Krebserkrankung seinen Rückzug aus der Bundespolitik. Anfang 2010 legte er sein
18 Bundestagsmandat nieder und trat in der Jahresmitte vom Parteivorsitz zurück. Neue
19 Vorsitzende wurden Klaus Ernst und Gesine Löttsch, die nicht verhindern konnten, dass DIE
20 LINKE seit Mitte 2010 weniger mit ihren alternativen Vorschlägen zur Bekämpfung der
21 Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern eher mit innerparteilichen Auseinandersetzungen in die
22 Schlagzeilen geriet. Das Jahr 2011 war für die Partei maßgeblich von teilweise selbst ver-
23 ursachten Medienkampagnen (z. B. „Wege zum Kommunismus“, Antisemitismusdebatte,
24 Castro-Brief) sowie internen Machtkämpfen geprägt, die dazu beitrugen, dass die
25 Landtagswahlen sehr wechselhaft ausfielen (Stabilisierung in Hamburg und Sachsen-Anhalt,
26 Nichteinzug in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie Wahlniederlage in Berlin) und
27 die Umfragewerte für die Partei kontinuierlich im Keller blieben.

28 Mit der deutlichen Zustimmung für das neue Grundsatzprogramm auf dem Erfurter Parteitag
29 im Oktober 2011 und seiner Annahme per Mitgliederentscheid im Dezember konnte ein
30 positives Signal sowohl für die Mitgliedschaft nach innen als auch für die Öffentlichkeit
31 gesetzt werden. Die Leipziger LINKE erreichte eine Beteiligung von 65,49 Prozent, wobei die
32 18 - 37jährigen mit 32 Prozent und die 66 - 85jährigen mit 84 Prozent teilgenommen haben.

33 **2. Die politische Entwicklung in Leipzig und die Rolle der LINKEN**

34 **2.1. Zur Entwicklung der Leipziger LINKEN nach den Wahlen 2009**

35 In den vier Wahlen des Jahres 2009 konnte die Leipziger LINKE ihre politische Stellung in
36 unserer Stadt festigen, auch wenn nicht alle Wahlziele realisiert wurden. In der Folgezeit
37 musste es nun darum gehen, den Stadtverband weiter inhaltlich und organisatorisch in
38 Richtung einer modernen sozialistischen Partei zu profilieren. Dabei konnte nicht nur auf eine
39 sehr differenzierte und selbstkritische Wahlanalyse (siehe die entsprechende Ausgabe von
40 *Der Durchblick*), sondern auch auf eine „Sozialökonomische Positionsbestimmung der Stadt
41 Leipzig am Jahreswechsel 2009/2010“ (von Dr. Volker Külow) und auf ein programmatisches
42 Papier von Dr. Dietmar Pellmann „Für ein sozial gerechtes Leipzig. Situation, Trends, Anforde-
43 rungen an DIE LINKE“ zurückgegriffen werden.

44 Auf der Grundlage dieser Ausarbeitungen wurde auf der 1. Tagung des 2. Stadtparteitages am
45 30. Januar 2010 unter der Überschrift „Original sozial!“ ein Zehn-Punkte-Aktionsprogramm
46 verabschiedet, das in der gesamten Wahlperiode das wichtigste von uns selbst geschaffene
47 Programmpapier blieb. Neben der Erarbeitung von „Ökologischen Leitlinien“ stellte die
48 Gründung von Stadtbezirksverbänden in den noch verbleibenden fünf Stadtbezirken die
49 größte Herausforderung aus dem Aktionsprogramm dar, die beide erfolgreich gemeistert
50 werden konnten. Hingegen gab es bei der Umsetzung anderer Punkte (z. B. Präsenz auf der
51 Straße, Kontakte zu Verbänden, inhaltliche Veranstaltungen in den Stadtbezirksverbänden,
52 Nutzung neuer Medien) durchaus Defizite, die teilweise bis heute fortbestehen und die auch
53 durch gelungene Großveranstaltungen des Stadtverbandes (z. B. Podiumsdiskussion mit
54 Angela Davis am 21. Juni 2010, Veranstaltung zum 50. Jahrestag des Ché-Besuches in Leipzig
55 am 15. Dezember 2010) nicht kompensiert werden konnten.

56 Eine gravierende Zäsur in der Leipziger Stadtpolitik bildete aus Sicht der Leipziger LINKEN
57 das vom SPD-Oberbürgermeister im Herbst 2010 ohne stichhaltige Begründung eingeleitete
58 Abwahlverfahren gegen unseren Kulturbürgermeister Michael Faber, das im Januar 2011
59 allerdings scheiterte. Ohne Not riss Jung hier Gräben gegenüber der LINKEN auf, die bis heute
60 bestehen. Damit erleichterte er sicher ungewollt auch die massiven Versuche der CDU,
61 frühzeitig den Oberbürgermeisterwahlkampf zu eröffnen. Dies bezeugte auch die
62 mehrwöchige scharfe Auseinandersetzung um die hiesige Drogenpolitik im Frühjahr 2011, in
63 der sich die Leipziger LINKE klar gegen das demagogische Ausspielen von
64 Kriminalitätsbekämpfung gegen Suchthilfe aussprach.

65 Im Unterschied zur letzten Wahlperiode spielten außerparlamentarische Massenaktionen (z.
66 B. Bürgerentscheid, Kampf ums Sozialticket) und die damit verbundene Bündnispolitik in den
67 Jahren 2010/2011 eine deutlich geringere Rolle (siehe auch 2.5.). Auch nahm die öffentliche
68 Aufmerksamkeit für entsprechende, von uns jahrelang bearbeitete Schwerpunktthemen
69 (City-Tunnel Leipzig, Flughafen Leipzig/Halle als Militärdrehscheibe) ab. Bei Bedarf war
70 unsere Kampagnenfähigkeit allerdings vorhanden, wie die Protestaktivitäten gegen die
71 Schließung der S1 in Grünau Anfang 2011 verdeutlichten. Auch unsere Präsenz bei den
72 Veranstaltungen der Leipziger Occupy-Bewegung im Herbst 2011 bezeugt diese Feststellung.
73 Zweifellos bildete die weitere inhaltliche Profilierung der Leipziger LINKEN einen Schwerpunkt
74 der Arbeit des Stadtverbandes. In diesem Bereich konnten wichtige Akzente gesetzt werden,
75 wenn man an die Verabschiedung der integrationspolitischen Leitlinien denkt. Die begonnene
76 Diskussion zu den ordnungs- und sicherheitspolitischen Leitlinien sowie einem Papier zur
77 linken Mittelstandspolitik umreißt hingegen entsprechende Aufgaben für den nächsten
78 Stadtvorstand.

79 **2.2. Zum Verhältnis zu anderen demokratischen Parteien in Leipzig**

80 Die LINKE ist sowohl mitgliedermäßig als auch ihrer Organisiertheit nach die stärkste
81 demokratische Partei in Leipzig. Doch über Mehrheiten oder einen bestimmenden Einfluss in
82 der Stadtgesellschaft verfügt sie nicht. Der auf dem letzten Landesparteitag verabschiedete
83 Leitantrag fordert den Ausbau von Arbeitskontakten mit der SPD und den Grünen für die
84 Entwicklung gemeinsamer Ideen und Projekte für die Menschen.¹ Auf kommunaler Ebene gibt
85 es dafür auch in Leipzig viele inhaltliche Gemeinsamkeiten. Schnittmengen mit den
86 Programmen der SPD und der Partei Bündnis 90/Die Grünen finden sich zum Beispiel in der
87 Haltung zu Kitas und frühkindlicher Bildung, zum Sozialticket, zur Kulturstadt Leipzig, zum
88 bürgerschaftlichen Engagement sowie bei der Bekämpfung des Rechtsradikalismus. Doch
89 führt das nicht automatisch zu gemeinsamen Aktivitäten. Im Gegenteil, es hat den Anschein,
90 dass das Leipziger Modell, das in Personal- und Sachfragen über Parteigrenzen hinweg eine

¹ Leitantrag zum Landesparteitag der LINKEN am 5./6.11.11, Zeilen 83 bis 85

91 möglichst breite Mehrheit schaffen wollte, ein politisches Auslaufmodell ist. Die auch von
92 Grünen und SPD aktiv betriebene Abwahl von Bürgermeister Faber belastete das Klima
93 zwischen den demokratischen Fraktionen nachhaltig.
94 Nach wie vor gibt es im Stadtrat eine punktuelle Sachzusammenarbeit, in der sich die
95 Linksfraktion als berechenbar und zuverlässig erwiesen hat. Gemeinsames Handeln gibt es
96 auch gegen rechts, besonders bedeutsam angesichts der neuen Konstellationen im Stadtrat
97 und der wiederholten Versuche der Nazis, in Leipzig aufzumarschieren. Das konnte so
98 verhindert werden. Gemeinsame Aktionen finden vor allem in den Jugendorganisationen der
99 drei Parteien statt. Es gibt auch gemeinsame Projekte wie die Debatte „Was ist links?“, wo
100 Vertreter aller drei Parteien im Rahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung über Möglichkeiten und
101 Perspektiven der Zusammenarbeit diskutierten.
102 Die stellvertretende Stadtvorsitzende war Gast auf dem Parteitag der Leipziger SPD. Doch
103 weitergehende Versuche der LINKEN fanden oft nicht die erwartete Resonanz. So wurden zu
104 unserem Stadtparteitag 2010, der die ökologischen Leitlinien beschloss, SPD und Grüne
105 vergeblich eingeladen. Angesichts der bevorstehenden OBM-Wahlen ist nicht zu erwarten,
106 dass die Beziehungen herzlicher werden. Dennoch muss die Stadtratsfraktion der LINKEN
107 immer dann Gemeinsamkeiten suchen, wenn sie Mehrheiten schaffen will. Dabei sind weder
108 die SPD noch die Partei Bündnis 90/Die Grünen ein monolithischer Block.
109 Die Partei DIE LINKE wird weiterhin an ihrer sozialen Verwurzelung und ihrem Anspruch als
110 alternative Gestaltungspartei festhalten. Dabei ist sie offen für inhaltliche Zusammenarbeit,
111 scheut aber auch die Auseinandersetzung nicht.

112 **2.3. Zum kommunalpolitischen Wirken des Stadtverbandes**

113 Seit den Kommunalwahlen haben vor allem die 17 gewählten Stadträte, die 32 Stadtbe-
114 zirksbeiräte und die 13 Ortschaftsräte eine aktive linke Kommunalpolitik betrieben. Dabei war
115 die Zusammenarbeit mit dem Umweltbürgermeister von Anfang an intensiv und fruchtbar,
116 auch die Zusammenarbeit mit dem Kulturbürgermeister entwickelte und vertiefte sich.
117 Mit dem breit diskutierten Kommunalwahlprogramm „Für ein solidarisches Leipzig“ gab der
118 Stadtverband der Fraktion eine tragfähige Grundlage des Handelns. Dabei versteht sich die
119 Leipziger LINKE als alternative Gestaltungspartei. Mit 55 Anträgen, 92 Haushaltsanträgen und
120 130 Anfragen (Stand 22. Januar 2012) hat sich die Stadtratsfraktion ihrer Verantwortung für
121 unsere Stadt gestellt. Schwerpunkte waren dabei die Themen soziale Gerechtigkeit,
122 Familienfreundlichkeit, Beschäftigung, kommunale Unternehmen, Kultur, Umwelt und
123 bürgerschaftliches Engagement. Im kulturellen Bereich hervorzuheben sind dabei die
124 Aktivitäten zur Rettung des Naturkundemuseums und der Musikalischen Komödie.
125 Mitglieder der Fraktion und linke Bürgermeister haben sich aktiv in die Themen Migration,
126 Kommunalwirtschaft, Kultur, Ökologie und Sicherheit eingebracht und damit einen
127 wesentlichen Beitrag zur politischen Meinungsbildung des Stadtverbandes der LINKEN
128 geleistet. Eine andere Seite dieser fruchtbaren Zusammenarbeit waren die im Stadtverband
129 erarbeiteten und breit diskutierten ökologischen Leitlinien, die eine praktikable Basis für
130 kommunalpolitisches Handeln darstellen.
131 Durch das Wirken von zwei Stadträten als stellvertretende Stadtparteivorsitzende war und ist
132 eine gute Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Stadtverband gewährt.
133 Besonders in komplizierten Situationen (Verhinderung von Naziaufmärschen,
134 Abwahlverfahren des Kulturbürgermeisters) war die gute Kommunikation entscheidend für
135 den Erfolg. Regelmäßig traten Stadträte auf Parteitag auf, informierten über die Situation in
136 der Stadt und die Arbeit der Linksfraktion und stellten kommunalpolitische Themen zur
137 Diskussion. Stadtvorstand und Fraktion berieten in Klausurberatung kommunale Themen, so
138 zum Haushalt 2012. Zweimal jährlich beraten sich Stadtvorstand und Stadtratsfraktion
139 gemeinsam mit den Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten der LINKEN.

140 Gemeinsam mit den Bundestags- und Landtagsabgeordneten führten Stadtverband und
141 Fraktion Aktionswochen durch – so zum Thema „Kommunen in Not“, „Kinderarmut“,
142 „alternative Energien“. Allerdings war trotz guter inhaltlicher und organisatorischer
143 Vorbereitung sowie entsprechender Öffentlichkeitsarbeit das Echo in der Bevölkerung gering.
144 Es gab zahlreiche gemeinsame Aktivitäten von Fraktion und Stadtbezirksverbänden –
145 Bürgerforen, unter anderem zu den Themen Wasserwerke, öffentliche Sicherheit,
146 Kitaplatzversorgung, Verkehrssituation am Zoo, Musikalische Komödie. Diese waren vor allem
147 dann sehr öffentlichkeitswirksam, wenn es sich um Themen handelte, die die Leipzigerinnen
148 und Leipziger besonders bewegten. Hier waren die Aktivitäten der Stadtbezirksverbände
149 allerdings auf unterschiedlichem Niveau. Auch das Zusammenwirken der Stadträte mit ihrem
150 Wahlkreis war nicht überall zufriedenstellend. Zum einen sind die Stadträte – die nicht alle
151 Mitglieder der LINKEN sind – oft zeitlich voll ausgelastet. Zum anderen wurde das Angebot der
152 Fraktion zum Auftreten in den Stadtbezirksverbänden auch nicht von allen
153 Stadtbezirksverbänden genutzt. Doch gerade das Wirken der Stadtbezirksverbände ist eine
154 zukunftsfähige Basis für das erfolgreiche kommunalpolitische Wirken von Partei und Fraktion
155 sowie die Akzeptanz der Linken in der Öffentlichkeit. Diese muss mit Blick auf die
156 kommenden Wahlen ausgebaut werden. Die Initiative 10 mal 10 (zehn Stadtratskandidaten in
157 zehn Wahlkreisen) ist dabei eine starke Herausforderung, aber auch eine gute Chance für
158 eine auch zukünftig erfolgreiche Kommunalpolitik.

159 **2.4. Zur Tätigkeit der Leipziger Abgeordneten im Bundestag und im Sächsischen** 160 **Landtag**

161 Mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Barbara Höll und den vier Landtagsabgeordneten
162 Cornelia Falken, Dr. Monika Runge, Dr. Volker Külow und Dr. Dietmar Pellmann verfügt der
163 Leipziger Stadtverband über ein beträchtliches Potenzial von Volksvertretern in Bund und
164 Land. Bei aller Differenziertheit ihrer jeweiligen Aufgabenbereiche und der spezifischen
165 Verortung in den jeweiligen Wahlkreisen verstehen sich die fünf Abgeordneten als eine
166 „Einheit“, die so oft wie möglich gemeinsam für DIE LINKE in Leipzig agiert. Dieses vernetzte
167 Handeln hat ab 2010 durch das Schlüsselprojekt „LINKS. hilft“, bei dem die fünf Bürgerbüros
168 und das Liebknecht-Haus zu Anlaufstellen für Bürger in sozialen Problemlagen wurden,
169 deutlich zugenommen. Im Rahmen des Projektes wird bei Bedarf auch Rechtsbeistand sowie
170 Hilfe bei Behördenbesuchen gewährleistet. Die vom Projekt „LINKS. hilft“ wöchentlich ange-
171 botenen Sprechstunden in der Georg-Schwarz-Straße und in der Braustraße haben sich zu
172 einem Anlaufpunkt für Mitglieder unserer Partei und ihnen nahestehende Personen und
173 Sympathisanten unserer Partei entwickelt. Die erhoffte Ausstrahlung bzw. Anziehung auf
174 weitere Personenkreise konnte nicht wie gewünscht erreicht werden. Hier gilt es, weitere
175 Anstrengungen zu unternehmen, um Bürgern nicht nur Unterstützung zukommen zu lassen,
176 sondern sie zum Mitmachen zu gewinnen. Trotz dessen erfreute sich die von „LINKS. hilft“ im
177 Vorjahr herausgegebene Broschüre über die Änderungen im sozialen Leistungsrecht großer
178 Nachfrage und war schnell vergriffen. Pünktlich zu den in diesem April anstehenden Ver-
179 schlechterungen für Bezieher von Sozialleistungen wird eine neue Auflage erscheinen.

180 Die Wahlkreisbüros nutzen gemeinsam mit der Stadtratsfraktion und LISA seit Jahren den
181 girls' day, um interessierte Mädchen unter dem Motto „Werde Politikerin!“ an die Politik
182 heranzuführen. Dabei wurde eine große Resonanz erzielt.

183 Auch die gemeinsam mit dem Stadtverband und/oder der Stadtratsfraktion durchgeführten
184 Aktivitäten bilden ein gutes Beispiel vernetzter Parteilarbeit, wie speziell der schon erwähnte
185 Aktionstag „Genug gekürzt – Kommunen in Not!“ am 27. Oktober 2010 dokumentierte.
186 Überhaupt ist die Präsenz der Abgeordneten bei vielen außerparlamentarischen Aktionen in
187 der Stadt hoch, wie zuletzt am 14. November 2011, als mehrere tausend Studierende gegen
188 die massiven Hochschulkürzungen protestierten.

189 **2.5. Außerparlamentarische Aktivitäten**

190 Während wir in der letzten Wahlperiode bei zwei politischen Großprojekten erfolgreich agieren
191 konnten, gab es diesmal keine derartig brisanten Konfliktthemen im außerparlamentarischen
192 Bereich. Natürlich waren wir bei einer Vielzahl von entsprechenden Aktivitäten (Kampf gegen
193 Schließung S-Bahnlinie S 1, Occupy, CSD, Unterschriftensammlung für Erhalt
194 Naturkundemuseum u. a.) als Partei entsprechend präsent.

195 Zu diesem Bereich zählt auch die politische Vernetzung über die Landesgrenzen hinaus, d. h.
196 die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene ganz im Sinne des neuen Parteiprogramms:
197 „DIE LINKE wird dazu beitragen, dass die Kämpfe gegen neoliberale Politik in den Kommunen,
198 Regionen und Mitgliedsstaaten zunehmend auch auf der Ebene der EU geführt werden. Wir
199 werden unsere europapolitischen Ansätze in Protesten gegen die Politik der Europäischen
200 Union und der Mitgliedsstaaten ebenso vertreten wie in den Parlamenten aller Ebenen.“
201 Besonders der Gedanke des Antifaschismus ist es, der uns auch über Sprachbarrieren
202 zusammenführt. Ob es das Pfingstcamp, das jährliche Zusammentreffen am Werbellinsee
203 oder das Eurocamp ist, gemeinsamer Tenor ist stets der Kampf um soziale Gerechtigkeit, die
204 Ablehnung der Beteiligung an Kriegshandlungen durch die Bundeswehr und der Kampf gegen
205 Rechts, heute aktueller und wichtiger denn je.

206 Der Stadtvorstand hat in seiner Sitzung vom 13. 12. 2011 einstimmig dem Beitritt zum
207 Ständigen Forum der Europäischen Linken der Regionen SFEL – R zugestimmt.

208 Bereits seit dem Jahr 2000 beteiligt sich eine Delegation des Leipziger Stadtverbandes am
209 alljährlichen Europacamp. Dort nehmen hauptsächlich TeilnehmerInnen kommunistischer
210 Parteien aus der Tschechischen Republik, der Slowakei, aus Frankreich und VertreterInnen
211 unserer Partei teil. Erfreulich ist, dass zunehmend junge Menschen Interesse an diesem
212 Treffen zeigen. Nicht unerwähnt sei auch das große Engagement besonders der älteren
213 GenossInnen unseres Stadtverbandes am jährlichen Treffen der LINKEN und befreundeter
214 Parteien in Mala Upa, ebenfalls in der Tschechischen Republik.

215 **2.6. Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden**

216 Die Leipziger LINKE pflegte auch in diesem Berichtszeitraum sowohl durch ihre Mitglieder als
217 auch über ihre Vorstände sowie über die IGs und AGs zu zahlreichen Vereinen und Verbänden
218 ein engmaschiges Netz von Beziehungen, das partiell noch ausgebaut werden konnte. Auch
219 die AG Senioren leistete in diesem Bereich wie in den Jahren zuvor eine engagierte Arbeit.

220 Zu den Vereinen, mit denen wir schon seit Jahren sehr stabile Kontakte unterhalten und sie
221 oftmals auch finanziell unterstützten, zählt u. a. die Gruppe Gedenkmarsch, Leipzig. Courage
222 zeigen, das Leipziger Friedenszentrum, das APRIL-Netzwerk, Mehr Demokratie wagen e. V. u.
223 a. m.. Eine wichtige Rolle bei der politischen Netzwerkarbeit spielte auch das offene
224 Abgeordneten- und Projektbüro linXXnet, in dem sich zahlreiche linke und
225 zivilgesellschaftliche Gruppen treffen und über diese Schnittstelle mit der LINKEN in Leipzig
226 kooperieren.

227 Kontinuierlich wie in den Jahren zuvor verlief auch die Zusammenarbeit mit dem DGB und
228 ausgewählten Einzelgewerkschaften (insbesondere GEW, GdP, IG Metall und ver.di). Darüber
229 hinaus intensivierten sich schon vorhandene Arbeitsbeziehungen wie z. B. mit dem Deutsch-
230 Russischen Zentrum Sachsen e. V. sowie der Gesellschaft für Völkerverständigung.

231 Differenzierter stellt sich die Situation bei den Leipziger Bürgervereinen dar, deren Tätigkeit
232 durch immer schwierigere finanzielle und arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen
233 geprägt ist. Hier wird deutlich, dass sich konservative Kräfte – insbesondere CDU und FDP –
234 zunehmend bemühen, linke Akteurinnen und Akteure aus Führungsfunktionen zu verdrängen
235 bzw. sich über diese Vereine eine eigene Hausmacht zu schaffen. Dieser Entwicklung sollten
236 wir nicht tatenlos zusehen und uns im Gegenzug bemühen, in mehr Vereinen und Verbänden
237 wieder in signifikanter Weise Fuß zu fassen, ohne dort dominieren zu wollen. Positiv gelungen

238 ist uns das u. a in den Bürgervereinen Ostvorstadt, Messemagistrale, Kolonnadenviertel und
239 Probstheida.

240 Das aktive Handeln der Genossinnen und Genossen brachte auch stadtübergreifend Erfolge –
241 so beim Zusammenwirken mit der IG Kulkwitzer See und der Bürgerinitiative Pro
242 Markranstädt. Aber auch beim Ökolöwen, den Grauen Löwen oder bei Greenpeace sind
243 Mitglieder der LINKEN aktiv und erfolgreich.

244 **2.7. Kampf gegen Neofaschismus und Rechtsextremismus - die Arbeit der AG Antifa**

245 Auch in dieser Wahlperiode war der Kampf gegen Neofaschismus und Rechtsextremismus,
246 gegen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus wie in den Jahren zuvor ein zentrales
247 Politikfeld der LINKEN in Leipzig. Antifaschistische Arbeit besteht zum einen für uns aus
248 präventiver, politischer Bildungsarbeit. Auf der anderen Seite muss antifaschistische Aktivität
249 leider nach wie vor reaktiv sein, das heißt auf verschiedene Aktionen und Handlungen von
250 Nazis reagieren. Beides hat die LINKE in Leipzig auch 2010/2011 umfänglich vorzuweisen.

251 Ein Schwerpunkt in ganz Sachsen sind dabei zweifelsfrei die Aktionen gegen Naziaufmärsche
252 und den massiven Geschichtsrevisionismus in Dresden. Der Stadtverband Leipzig und
253 zahlreiche seiner AkteurInnen haben sich an der Mobilisierung aus Leipzig nach Dresden
254 maßgeblich beteiligt. Darunter fällt sowohl die Organisation und Betreuung der Busse im
255 Bündnis, entsprechende Öffentlichkeitsarbeit sowie die finanzielle Unterstützung der Anreise
256 durch DIE LINKE Leipzig. Auch die Linksjugend Leipzig war im Bündnis engagiert.

257 Am 8. Mai 2011 als dem Tag der Befreiung waren die AG Frieden und Gedenken sowie die AG
258 Antifa beteiligt. Während erstere sich an der Vorbereitung und Durchführung der
259 Demonstration an diesem Tag beteiligte, führte die AG Antifa eine Infotour durch ganz Leipzig
260 durch. Im Vorfeld ließ sie zudem ein wieder nutzbares Banner zum Tag der Befreiung
261 produzieren.

262 Darüber hinaus hatten Nazis in Leipzig erneut versucht, einen bundesweit mobilisierten
263 Aufmarsch im August 2011 durchzuführen. Mit diesem Ansinnen scheiterten die Nazis dank
264 der breiten zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Intervention sowie eines Verbotes
265 der Stadt Leipzig. Auch DIE LINKE war in dem entsprechenden Bündnis vertreten. Der
266 Jugendverband hatte zudem zwei Gegenkundgebungen angemeldet, die jedoch verboten
267 worden sind. In Absprache mit dem Bündnis „Leipzig nimmt Platz“ wurde gegen dieses Verbot
268 antifaschistischer Aktivität geklagt.

269 Im November beteiligten sich die AG Frieden und Gedenken, die AG Antifa, die Linksjugend
270 Leipzig sowie Basisorganisationen und zahlreiche Einzelpersonen aus unserer Partei an dem
271 inzwischen alljährlich stattfindenden Gedenken an den Stolpersteinen in Leipzig. DIE LINKE
272 Leipzig beteiligte sich auch am Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche 1945 sowie
273 an der Aktion „Koffer“ zum Gedenken an die deportierten Jüdinnen und Juden.

274 Die AG Antifa hat zudem ihre Veranstaltungsreihe „Antifa-Café“ in diesem Jahr gestartet. Hier
275 findet zweimal im Monat eine einführende Veranstaltung zu antifaschistischen
276 Themenschwerpunkten statt, die sich vor allem an SchülerInnen richtet. Zudem wird aktuelles
277 Material präsentiert. Außerdem wurde zum Selbstkostenpreis für die Teilnehmenden gekocht.
278 Um das Café zu bewerben, hat die AG Antifa zudem zweimal Leipziger Schulen mit Material
279 angefahren und dieses dort verteilt.

280 Auch im Netz hat die AG Antifa ihre Aktivitäten verstärkt und die Website
281 <http://agantifa.blogspot.de> einem Relaunch unterzogen sowie alle Termine und Artikel auch
282 auf Facebook veröffentlicht.

283 **3. Zur Entwicklung des Stadtverbandes**

284 Im Berichtszeitraum stand die Neuorientierung der Strukturen des Stadtverbandes im Fokus
285 der Entwicklung unseres Stadtverbandes. So ist es uns nunmehr gelungen, die Gründung von
286 Stadtbezirksverbänden abzuschließen, so dass wir in jedem der zehn Leipziger Stadtbezirke
287 einen entsprechenden Verband der Partei DIE LINKE haben. Die Diskussionen darüber, sich
288 so zu strukturieren, reichen bis in die Mitte der 90er Jahre zurück. Dieser Prozess ist nunmehr
289 abgeschlossen und wir können mit Stolz sagen, dass uns diese Entwicklung gelungen ist.
290 Insbesondere sei an dieser Stelle den Vorsitzenden der einzelnen Verbände und ihren
291 Vorständen gedankt. In der Zukunft muss es uns nunmehr gelingen, diese Strukturen organi-
292 satorisch weiter zu stärken und inhaltlich zu profilieren. In den kommenden Wahlkämpfen
293 müssen diese Strukturen zeigen, dass es mit ihnen bessere Möglichkeiten der lokalen
294 Vernetzung und Kommunikation gibt. Auch die Kommunikationswege haben sich dadurch
295 deutlich verkürzt, so dass Informationen schneller bei den betreffenden Genossinnen und
296 Genossen eintreffen.

297 **3.1. Zur Mitglieder- und Strukturentwicklung**

298 Der langjährige negative Trend in der Mitgliederentwicklung konnte auch in der vergangenen
299 Wahlperiode nicht gestoppt oder gar umgekehrt werden. Die Mitgliederzahlen sind weiterhin
300 leicht rückläufig: Sie betragen 2009 (jeweils zum Jahresende) 1.652, im Jahr 2010 1.606 und
301 2011 1.531. Wir verloren im Berichtszeitraum saldiert 121 Mitglieder. Mit 70 neuen
302 Mitgliedern traten in den vergangenen zwei Jahren so viele wie im Wahljahr 2009 ein. Im
303 gleichen Zeitraum zogen auch 67 Genossinnen und Genossen nach Leipzig. Dagegen mussten
304 wir Verluste von insgesamt 258 Mitgliedern hinnehmen. In den letzten beiden Jahren zogen
305 zwar nur 9 Genossinnen und Genossen aus Leipzig weg, aber 112 verstarben und 137 traten
306 aus unserer Partei aus. Die Beweggründe für die Austritte sind verschieden, aber Alter und
307 Krankheit und kein Neubeginn in einer fremden Stadt bei Umzug zu den Kindern spielen dabei
308 die entscheidende Rolle. Auch nicht erfüllte Erwartungen an eine Mitgliedschaft wurden als
309 Austrittsgründe genannt. 26 Mitglieder verzogen ohne Angabe einer neuen Anschrift und
310 meldeten sich nicht in einem anderen Gebietsverband der LINKEN an, 28 Mitglieder wurden
311 mehrfach schriftlich zur Begleichung ihrer Beitragsrückstände aufgefordert. Bei beiden
312 Gruppen stellte der Vorstand entsprechend Bundessatzung den Austritt fest.

313 Der Altersdurchschnitt im Leipziger Stadtverband ist etwas gesunken und liegt bei 66,4
314 Jahren, wobei der Anteil von Mitgliedern im erwerbsfähigen Alter etwa 39 Prozent beträgt,
315 davon mehr als die Hälfte im Alter zwischen 50 und 65 Jahren. Der Anteil der Frauen liegt bei
316 46 Prozent, nur jede zehnte ist unter 50 Jahre, erst ab Rentenalter ist der Frauenanteil
317 deutlich höher.

318 Die Betreuung von Neumitgliedern haben wir insbesondere mittels der Benennung von
319 Beauftragten in den Stadtbezirksverbänden und im Stadtvorstand im zurückliegenden
320 Zeitraum zweifellos qualifiziert. Es muss uns aber noch besser gelingen, neue und junge
321 Mitglieder aufzunehmen und zu integrieren.

322 **3.2. Zur Tätigkeit der Organisationen der Basis**

323 Der Stadtvorstand steht in engem Dialog mit allen zehn Stadtbezirksverbänden. Monatlich
324 finden Beratungen des Stadtvorstandes mit den Stadtbezirks-, Orts- und
325 Basisgruppenvorsitzenden sowie den SprecherInnen der Zusammenschlüsse statt. Im
326 Stadtvorstand gibt es für jeden Stadtbezirksverband einen Verantwortlichen. Während der
327 letzten zwei Jahre waren Vertreter aller Stadtbezirksverbände einmal im Stadtvorstand und
328 tauschten sich dort über die Erfahrungen vor Ort aus. Viele inhaltliche Diskussionen zum

329 Programmwurf und zur Vorbereitung des Bundesparteitages fanden vor allem auf
330 Stadtbezirksebene statt. Jeder Stadtbezirksverband hat die Möglichkeit, mit Unterstützung
331 der Geschäftsstelle eine eigene Internetpräsenz aufzubauen. Dies sollte bis zum ersten
332 Halbjahr 2012 durch alle Stadtbezirksverbände umgesetzt sein. Der Stadtbezirksverband
333 Altwest ist mit gutem Beispiel vorangegangen. Die AG Senioren hat schon seit 2010 eine
334 eigene Internetseite. Der Stadtverband hat erstmals bei der gemeinsamen Gestaltung der
335 offiziellen Veranstaltungen der Stadt zum Frauentag 2011 (100. Jahrestag) mitgewirkt.
336 Die meisten Stadtbezirksverbände haben an der Aktion „Stolpersteine putzen“ teilgenommen.
337 Neben den Stolpersteinen beginnen die Stadtbezirksverbände auch, sich für
338 Straßenzusatzschilder für antifaschistische Widerstandskämpfer einzusetzen. Die Stadt-
339 bezirksverbände Altwest und Südwest haben bereits zum zweiten Mal das Nikolausfest auf
340 dem Lindenauer Markt durchgeführt. Zu einer Tradition beider Stadtbezirksverbände ist das
341 Kinderfest am Wasserschloss geworden. Der Stadtbezirksverband West ist seit Jahren auf
342 dem jährlichen Schönauer Parkfest präsent.
343 Der Stadtbezirksverband Mitte hat sich intensiv in die Diskussion um das Verkehrskonzept
344 Waldstraßenviertel bzw. Zoo eingebracht. Im Stadtbezirksverband West und in der
345 Basisgruppe Messemagistrale im Stadtbezirksverband Mitte werden kontinuierlich politische
346 Bildungsveranstaltungen angeboten. Eine stärkere Nutzung durch andere
347 Stadtbezirksverbände wäre wünschenswert. Gemeinsam mit den Landtags- und
348 Bundestagsabgeordneten wurden soziale und kulturelle Einrichtungen in allen Stadtbezirken
349 besucht. Obwohl in den letzten zwei Jahren keine Wahlen stattfanden, war unsere Partei in
350 vielen Stadtbezirken durch Informationsstände, Briefkastenaktionen und Bürgerforen präsent.
351 Das muss aber weiter ausgebaut werden. Auch die Koordinierung der Arbeit der
352 Stadtbezirksverbände untereinander ist noch ausbaufähig. Die monatlichen Beratungen des
353 Stadtvorstandes mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden sowie den SprecherInnen der
354 Zusammenschlüsse sollten stärker zur Kommunikation der Veranstaltungen und Tätigkeiten
355 und zum Erfahrungsaustausch genutzt werden. Dies kann dadurch initiiert werden, dass sich
356 auf jeder Beratung ein Stadtbezirksverband inhaltlich und strukturell vorstellt. Ziel sollte eine
357 bessere Koordination gemeinsamer Veranstaltungen und das Ausnutzen von Synergieeffekten
358 sein.

359 **3.3. Zum Wirken der Zusammenschlüsse im Stadtverband**

360 Die Zusammenschlüsse im Stadtverband stellen eine tragende Säule unserer inhaltlichen
361 Arbeit dar, auch wenn Art und Weise sowie Umfang ihrer Aktivitäten sehr unterschiedlich
362 sind. Wir bedanken uns bei den IGs und AGs. An dieser Stelle sei ausdrücklich Gerda Uhlig
363 für ihre jahrzehntelange engagierte Führungstätigkeit in der AG Senioren gedankt. Im
364 Berichtszeitraum fanden zwei Zusammenkünfte mit allen IGs, AGs und Plattformen statt.
365 Leider ist es bislang nicht gelungen, einen gemeinsamen Veranstaltungsplan zu erarbeiten,
366 der die politisch-kulturelle Ausstrahlung des Liebknecht-Hauses erheblich erhöhen würde.
367 Die folgende Aufzählung ausgewählter Aktivitäten der Zusammenschlüsse ist ausdrücklich
368 keine Bewertung, sondern sie soll auf der Basis von Zuarbeiten der AGs nur einen Einblick in
369 die Breite des Spektrums ermöglichen.
370 Die **AG Behindertenpolitik** konnte dank des enormen Engagements von Andreas Kermer
371 insbesondere auf Landes- und Bundesebene ihren Aktionsradius vergrößern. Vor Ort konnte
372 vor allem die Zusammenarbeit mit dem „Mobilen Behindertendienst Leipzig“ verbessert und
373 parteiübergreifend mehrere Veranstaltungen durchgeführt werden.
374 Die **AG Betrieb & Gewerkschaft** vertiefte ihre stabilen Kontakte zu den Leipziger
375 Einzelgewerkschaften, insbesondere durch die Reihe „Die Rolle der Gewerkschaften heute?!“
376 mit bisher drei Veranstaltungen. Auf besondere Resonanz stieß dabei der gemeinsam mit

377 dem Marxistischen Forum Leipzig organisierte Abend „Wie können die Gewerkschaften in die
378 Offensive kommen?“ am 3. Mai 2011 mit Mag WompeL. So ebenfalls die Veranstaltung mit
379 Heiner Flassbeck zur Wirtschafts- und Finanzkrise am 12. Oktober 2011, die zusammen mit
380 der Sozialistischen Linken Sachsen und dem Stadtvorstand organisiert wurde. Die kritische
381 Begleitung des Verkaufs von kommunalem Eigentum (perdata, HLkomm) und der in diesem
382 Zusammenhang verabschiedete Offene Brief an den Oberbürgermeister im Januar 2012
383 bildete einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt der AG, die sich jeden zweiten Donnerstag
384 im Monat trifft und der es nach eigener Einschätzung derzeit an aktiven Mitstreitern fehlt, was
385 die Aktionsfähigkeit einschränkt.

386 Die **AG Cuba sí Leipzig** konzentrierte sich in den Jahren 2010 und 2011, außer auf die
387 traditionelle Teilnahme an den Veranstaltungen zum 1. Mai und an den Multikulturellen
388 Festen der Gesellschaft für Völkerverständigung e. V. und des Kultur- und Umweltzentrums e.
389 V. Markkleeberg, besonders auf die Sammlung finanzieller Spenden für die Beschaffung von
390 Maschinen und Geräten, die eine Nachhaltigkeitswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung
391 in Kuba haben. Hierbei ist die durch Cuba sí Berlin erfolgte zentrale Beschaffung eines
392 Bulldozers zur Beseitigung des aggressiven Unkrautes Marabú sowie die noch bevorstehende
393 Beschaffung eines Häckslers für Grünfütter, der komplett durch die AG Cuba sí Leipzig
394 finanziert und im Milchobjekt in Pinar del Rio eingesetzt werden soll, zu nennen. Weiterhin
395 wurden Gartengeräte und Werkzeuge für Kuba gesammelt. Gegenwärtig ist zentral
396 vorgesehen, finanzielle Spenden für die Beschaffung eines Traktors für jedes der vier Cuba-Sí-
397 Milchprojekte zu sammeln. Ein weiterer Schwerpunkt in den vergangenen zwei Jahren war der
398 persönliche Gedankenaustausch mit kubanischen Genossen, insbesondere im Hinblick auf
399 die Umsetzung der Beschlüsse des 6. Parteitages der Kommunistischen Partei Kubas. Hierzu
400 begrüßten wir mehrmals kubanische Gäste in Leipzig, mit denen wir sowohl öffentliche
401 Diskussionsforen und Gesprächsrunden zum Parteitag und zu darüber hinausgehenden
402 Problemen durchführten, ihnen aber auch im Rahmen von Exkursionen und
403 Betriebsbesichtigungen nutzbringende Erkenntnisse vermittelten.

404 Die **AG Frieden und Gedenken** wurde am 9. März 2010 gegründet. Sie hat sich mit vielen
405 Aktivitäten (u. a. Stolpersteine, Gedenkinstallation auf dem Hauptbahnhof, Fahrten nach
406 Bennewitz/Wurzen) schnell über den Rahmen der Stadt hinaus einen guten Namen gemacht.
407 Die **AG Kunst und Kultur** wurde nach einer längeren Ruhephase im Herbst 2011 wieder
408 aktiv. Seit dieser Zeit beschäftigen sich die knapp 10 Mitglieder mit dem Verfassen eines
409 Positionspapiers zur Kultur- und Kreativwirtschaft in Leipzig. Des Weiteren wurde ein
410 anspruchsvoller Veranstaltungs- und Aktionsplan für das Jahr 2012 beschlossen.

411 Die **AG Linke Unternehmer** pflegte im vergangenen Jahr die Zusammenarbeit mit dem
412 Landesforum „Alternative Wirtschaftspolitik“ und nahm an der Anhörung unserer
413 Bundestagsfraktion „Rettungsschirm für Kleinunternehmen“ in Berlin teil. Zurzeit ist die AG
414 mit der Erarbeitung eines Positionspapiers zur linken Mittelstandspolitik auf kommunaler
415 Ebene befasst, das auf dem nächsten Parteitag vorgelegt wird.

416 Die **AG LISA** (10 Mitglieder, davon 3 Sympathisantinnen) trifft sich zwei Mal im Monat und
417 wirkt in verschiedenen Parteistrukturen sowie natürlich auch außerhalb der Partei. Wir
418 verstehen feministische Politik als Querschnittsaufgabe und sind daher sowohl in
419 Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, in der Friedensbewegung, in der Anti-
420 Atombewegung, in Frauenrechtsorganisationen, in Demokratiebewegungen und bei der Antifa
421 aktiv.

422 Einige unserer Veranstaltungen 2010/2011: Frauentag, Clara-Zetkin-Gedenken, Tag "Nein zu
423 Gewalt an Frauen" mit Unterstützung des Leipziger Frauenhauses und des Interkulturellen
424 Konversationscafés, Podiumsdiskussion zu Mangel an Kinderbetreuungsplätzen in Leipzig,

425 Diskussion zum Konzept für Geschlechtergerechtigkeit in der Partei, Gedenken an den
426 Stolpersteinen, Verleihung des Frauen-Friedenspreises "Lysistrata".
427 Außerdem sind wir im Gleichstellungsbeirat und haben Kontakte zur AG Frauenprojekte, zum
428 Runden Tisch gegen Gewalt an Frauen, zur Rosa-Luxemburg-Stiftung. Regelmäßig führen wir
429 mit der Freitagswerkstatt "Erzählen und Schreiben" DIALOG e. V. das Literaturcafé durch.
430 Das **Marxistische Forum Leipzig (MFL)** kann auch für die zurückliegende Berichtsperiode
431 mit seinen 30 Mitgliedern auf eine kontinuierliche Arbeit verweisen. Mittels der regelmäßigen
432 monatlichen Veranstaltungen am jeweiligen ersten Dienstag des Monats wurde und wird es
433 seinem Anspruch für politische Bildungsarbeit gerecht. Diese Veranstaltungen werden auch
434 von vielen Mitglieder unserer Partei, die nicht Mitglied des MF sind, genutzt. Mit den
435 jährlichen Arbeitstagen – 2010 zur Finanzkrise und 2011 zur Programmdiskussion – nahm
436 das MF am aktuellen Geschehen aktiv teil. Nicht zuletzt tragen auch die Veröffentlichungen
437 des Forums zur Meinungsbildung bei. So 2010 mit der Publikation der wesentlichen Beiträge
438 der Arbeitsberatung zur Krise, an der republikweit bekannte marxistische Wissenschaftler teil-
439 nahmen und 2011 mit dem Memorandum zur linken Programmdebatte. Die jüngste
440 Veröffentlichung erfolgte im Januar 2012 und setzt die Diskussion um ein zukünftiges
441 Sozialismuskonzept fort, das bewusst den Titel trägt: "Heraus aus Stalins langem Schatten"
442 (Marxistisches Forum Heft 65). Indem im MFL auch Genossinnen und Genossen anderer
443 linker Organisationen mitwirken, wie z. B. dem RotFuchsverein, Regionalgruppe Leipzig oder
444 der DKP Leipzig, ermöglicht es einen regen Gedankenaustausch auch über unsere
445 Parteigrenzen hinaus, die den Zusammenhalt der Linken in Leipzig fördert. Das
446 Arbeitsprogramm für 2012 ist beschlossen und bietet wiederum interessante
447 Veranstaltungen, welche die politische Bildungsarbeit unseres Stadtverbandes bereichert.
448 Die **AG Ökologie** führt regelmäßig monatliche Treffen zur Diskussion fachlicher Fragen der
449 Umweltpolitik, der Verständigung zu verschiedenen Aspekten der Zusammenarbeit mit
450 anderen Umweltorganisationen außerhalb der LINKEN sowie zur Vorbereitung und Planung
451 innerparteilicher und öffentlicher Veranstaltungen durch. Im Folgenden werden einige aus
452 unserer Sicht wesentliche Aktivitäten im Berichtszeitraum aufgeführt: Auf Antrag der AG
453 Ökologie beschloss der Stadtparteitag die Erarbeitung energiepolitischer Leitlinien. Dafür
454 wurde von uns ein Entwurf erarbeitet und in Zusammenarbeit mit dem Stadtvorstand zur
455 Diskussion im Stadtverband gestellt. Im Zuge dessen gestalteten unsere Mitglieder neun Ver-
456 anstaltungen in verschiedenen Gliederungen des Stadtverbandes. Die Leitlinien wurden von
457 der 2. Tagung des 2. Stadtparteitages beschlossen. Über unsere Vertreter im Arbeitskreis 3
458 der Stadtratsfraktion wurden in Umsetzung der Leitlinien mehrere Vorschläge zu Anträgen
459 bzw. Stellungnahmen zu Ratsvorlagen entwickelt. Mehrere Mitglieder arbeiten außerdem im
460 Arbeitskreis Ökologie der Landtagsfraktion mit und sind an dortigen Aktivitäten maßgeblich
461 beteiligt.
462 Eng verknüpft mit der Diskussion der Leitlinien waren unsere Beiträge zur Programmdebatte
463 der LINKEN. In Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie ADELE und der
464 Bundesplattform waren wir an der Erarbeitung von mehr als 40 Anträgen an den
465 Programmparteitag beteiligt.
466 Öffentlich aufgetreten sind wir im Berichtszeitraum mit Ständen u. a. zum 1. Mai und zum
467 autofreien Tag der LVB, bei Diskussionsveranstaltungen im Rahmen der Leipziger Umwelttage
468 sowie den Antiatom-Demos im Frühjahr des Jahres 2011. Die Leipziger Mitglieder der
469 ökologischen Plattform stellen einen Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie
470 ADELE und ein Mitglied des BundessprecherInnenrates der Ökologischen Plattform. Darüber
471 hinaus sind fast alle unserer Genossen auch in Umweltorganisationen und -bündnissen sowie
472 Bürgerinitiativen außerhalb der LINKEN aktiv. Als Beispiele seien Greenpeace Leipzig, der
473 Vorstand und die Gruppe Abfall beim Ökolöwen, das Antiatombündnis Leipzig, die Agenda21-

474 Initiative, die IG Nachtflugverbot oder der e. V. Kulkwitzer See genannt. Selbstverständlich für
475 uns ist auch die Mitarbeit in den verschiedenen Gliederungen unserer Partei (Orts- und
476 Stadtbezirksvorstände, Linksjugend, andere AG/IG).

477 Die **AG Soziale Politik** setzte den Meinungsaustausch mit der Fraktion zu sozialen
478 Schwerpunkten in Leipzig konsequent fort. Die Gestaltung der Zusammenarbeit AG und
479 Fraktion ist insbesondere durch das Wirken von Pia Witte als sozialpolitische Sprecherin der
480 Stadtratsfraktion sehr konstruktiv. Die AG wirkte aktiv in regionalen wie überregionalen
481 Netzwerken und an der Gründung der Bürgerinitiative „Sozialtarif Strom und Gas“ mit.

482 **3.4 Zur Entwicklung der politischen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit**

483 Unsere ständigen Bemühungen um eine bessere Verankerung in der Medienlandschaft waren
484 nicht immer von Erfolg gekrönt. Es ist nach wie vor schwierig, mit unseren Inhalten in den
485 entsprechenden Medien zu landen. Im Berichtszeitraum hat sich zumindest die
486 Zusammenarbeit mit der Leipziger Internetzeitung (LIZ), die im Online-Bereich eine klare
487 Konkurrenz zur LVZ geworden ist, deutlich verbessert. Auch bei
488 Veranstaltungsankündigungen, war mit der LIZ eine sehr gute Zusammenarbeit möglich.

489 Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit haben wir das äußere Erscheinungsbild des
490 Mitteilungsblattes verändert und die inhaltliche Gestaltung überarbeitet. Auch wenn LEIPZIGS
491 NEUE explizit keine Parteizeitung ist, spielt sie für unsere Öffentlichkeitsarbeit weiterhin eine
492 wichtige Rolle und wird entsprechend finanziell von uns unterstützt.

493 Auch unsere Internetseite wurde auf ein neues Gestaltungssystem, welches an den
494 Parteivorstand angegliedert ist, umgestellt. Das ermöglichte nicht nur eine Kosten-
495 reduzierung, sondern erleichterte auch die inhaltliche Gestaltung. Mit dem neuen System ist
496 es nunmehr möglich, dass mehrere Genossinnen und Genossen an verschiedenen
497 Unterseiten arbeiten. So wurde bisher für einzelne Zusammenschlüsse und
498 Stadtbezirksverbände ein entsprechender Zugang eingerichtet. Hier besteht noch
499 Erweiterungsbedarf. Es muss angestrebt werden, dass zumindest alle Stadtbezirksverbände
500 über eine eigene Unterseite verfügen und diese dann auch aktuell halten.

501 Die Nutzerzahlen für den Newsletter des Stadtvorstandes konnten im Berichtszeitraum auf
502 ca. 300 NutzerInnen erhöht werden. Damit ist allerdings noch kein befriedigender Stand
503 erreicht. Wir sollten bis zum Jahr 2013 anstreben, die Anzahl der NutzerInnen zu verdoppeln.
504 Das gelingt nur, wenn auch die Aktualität und Regelmäßigkeit des Newsletters ausgebaut
505 wird.

506 Auch in den verschiedenen sozialen Online-Netzwerken sind wir als DIE LINKE. Leipzig
507 mittlerweile vertreten. Die dort eingerichteten Seiten und Zugänge müssen in Zukunft weiter
508 ausgebaut und auch ständig mit aktuellen Informationen ausgestattet werden. Dazu wird es
509 in naher Zukunft im Rahmen der Fortschreibung des Kommunikationskonzeptes weitere
510 Festlegungen und Empfehlungen geben. Ziel muss es u. a. dabei sein, den Zugang zu
511 alternativen - politisch und gesellschaftlich relevanten - Informationsquellen zu erschließen,
512 die Vernetzung innerhalb des Stadtverbandes zu erhöhen und nicht zuletzt auch durch
513 Einsparung von Zeit und Porto Kosten zu senken.

514 Seit November 2011 läuft mit positiver Resonanz das von Maren Müller initiierte Projekt
515 „Neue Medien für ältere Mitglieder“, welches die Steigerung der Medienkompetenz der
516 älteren GenossInnen zum Ziel hat.

517 **3.5. Zur jugendpolitischen Arbeit**

518 Jugendpolitische Arbeit in Leipzig ist mehr, als die Bearbeitung spezifischer Jugendthemen wie
519 beispielsweise Schule und Jugendzentren, sondern findet in der Schnittmenge diverser
520 Politikfelder statt. So gehörten die Proteste gegen die Naziaufmärsche ebenso zur Arbeit der
521 Linksjugend wie die Teilnahme an der kulturpolitischen Global Space Odyssey oder der CSD

522 Leipzig. Insbesondere spielt die Form politischer Arbeit eine Rolle: Durch welche
523 Veranstaltungen und Formate fühlen sich junge Menschen angesprochen und zur
524 Partizipation eingeladen?

525 Mit dieser Frage setzte sich die Linksjugend Leipzig im Berichtszeitraum intensiv auseinander.
526 So fand 2010 unsere zweite Frühlingsakademie statt, zu der wir insgesamt etwa 130
527 BesucherInnen begrüßen konnten. Die Idee dieses Konzeptes ist es, thematisch breit
528 gefächerte Einführungsveranstaltungen in einem kurzen Zeitraum anzubieten, diese
529 entsprechend massiv zu bewerben und mit etwas Glück Synergieeffekte bei einem
530 „anpolitierten“ jungen Publikum zu erzielen und so Menschen zu Veranstaltungen zu locken,
531 welche sie von sich aus vielleicht nicht besucht hätten. Zur Bewerbung fand entsprechend
532 auch eine Tour durch die Leipziger Schulen statt, um dort auch jene Menschen zu erreichen,
533 welche sich sonst nicht in der Reichweite unserer Flyer und Materialien befinden.

534 Ebenfalls konventionell inhaltlich war eine Reihe Einzelveranstaltungen im Jahr 2011, mit
535 welchen wir allerdings gezielt ein eher universitäres, stärker politisiertes Publikum
536 ansprachen. So fanden thematisch breit gefächert Vorträge vorwiegend in Uni-
537 versitätsräumen statt - zu großem Teil vor vollen Hörsälen: „Feindbild Islam?“, „Zur Kritik des
538 Arbeitswahns“ mit Robert Kurz, eine Veranstaltung zur Situation im Iran nach der „Grünen
539 Revolution“ mit Dr. Kazem Moussavi, „Das Ende des Internationalismus“, „Zur Kritik der
540 Geschlechter“ mit Dr. Heinz-Jürgen Voss, ein Tagesseminar zur Arbeitskritik im „Kapital“.
541 Dazu hatten wir stets externe ReferentInnen geladen, welche, wie etwa Robert Kurz, durch
542 ihren eigenen Bekanntheitsgrad zur Mobilisierungsfähigkeit der Veranstaltungen beitrugen.
543 Die entsprechenden Referate wurden dabei stets aufgezeichnet und über das Internet
544 zugänglich gemacht - eine Maßnahme, welche die Reichweite mitunter enorm erhöhte.

545 Auch unter dem Aspekt des Veranstaltungsformats gebühren der Global Space Odyssey und
546 dem CSD 2011 nochmals Beachtung. Zu beiden Veranstaltungen stellte die Linksjugend
547 eigene Wagen für die Demonstration mit entsprechend aufwendiger Dekoration und
548 Augenzwinkern. Dadurch gelang es uns, eine breite Berichterstattung zu bekommen und
549 einem breiten Publikum aufzufallen. Durch derartige Formate erreichte die Linksjugend einen
550 großen Bekanntheitsgrad in der Leipziger Szene und baute Berührungspunkte ab, welche in
551 subkulturellen Zusammenhängen der parteipolitischen Arbeit meist entgegengebracht
552 werden.

553 Eigene Materialien der Linksjugend wie Flyer, Sticker aber auch unser Positionspapier „It's
554 the Arbeitsfetisch, stupid!“ - fanden reißenden Absatz und wurden mehrfach neu aufgelegt.

555 Erwähnenswert ist sicher auch die Programmdebatte, welche im Jugendverband intensiv
556 geführt wurde. So wurden beide Entwürfe zunächst auf den Jugendplena diskutiert,
557 Veranstaltungen zu besonders kontroversen Themen abgehalten (etwa der Kontroverse um
558 den im Programm enthaltenen Arbeitsbegriff oder die Rolle feministischer Positionen für die
559 LINKE). Zudem nahmen zahlreiche Mitglieder der Linksjugend an den Programmkonventen
560 der LINKEN teil und brachten dabei eigene Anträge ans Programm in den kleinen
561 Landesparteitag ein.

562 Nicht zuletzt gelang es der Linksjugend, gute Kontakte mit der Grünen Jugend und den Jusos
563 herzustellen - durch regelmäßige Treffen zur thematischen Diskussion, durch gemeinsame
564 Wahlpartys und zuletzt durch gemeinsame Pressemitteilungen zum durch die Leipziger CDU
565 angestrebten Alkoholverbot für Bereiche der Innenstadt.

566 **3.6. Zur finanziellen Situation**

567 Unsere beiden wichtigsten Einnahmepositionen der Finanzierung unserer Tätigkeit sind nach
568 wie vor Beiträge und Spenden. In der vergangenen Wahlperiode lag unser Bei-
569 tragsaufkommen bei etwa 559.000 € und damit knapp 47.000 € unter dem Ergebnis der
570 vorherigen. Die Differenz 2009 zum davor liegenden Zweijahreszeitraum lag nur bei 22.000 €.

571 Das niedrigere Ergebnis resultiert nicht nur aus der gesunkenen Mitgliederzahl, sondern auch
572 aus einem geringeren Durchschnittsbeitrag. Der monatliche Durchschnittsbeitrag bei den
573 kassierten Beiträgen lag 2011 bei 15,60 €, 2009 waren es noch 15,87 €. Es war
574 vorauszusehen, dass die sehr guten Ergebnisse der letzten Jahre auf dem hohen Niveau auf
575 Dauer nicht zu halten waren. Das hohe Durchschnittsalter unserer Partei und die zunehmende
576 Verarmung weiter Bevölkerungsteile spiegeln sich auch bei den Beitragseinnahmen wider.
577 An dieser Stelle möchten wir besonders herzlich den in vielen Fällen schon langjährig tätigen
578 Schatzmeisterinnen und Schatzmeistern an der Basis danken, die auch viele der älteren
579 Mitglieder betreuen und sich stets um die vollständige und statutengerechte Kassierung
580 bemühen. Das Bankeinzugsverfahren gewinnt für die kontinuierliche Kassierung und die
581 Erleichterung der Arbeit immer mehr an Bedeutung, obwohl uns bei nicht gedeckten Konten
582 vergleichsweise hohe Kosten entstehen.
583 Mit unseren Spendenkampagnen werben wir seit Jahren für unsere Projekte. In der
584 vergangenen Wahlperiode sammelte unser Stadtverband insgesamt 63.500 € an Spenden.
585 Dafür möchten wir uns bei allen Spenderinnen und Spendern herzlich bedanken.
586 Auch die Mitglieder unserer Stadtratsfraktion hatten mit ihren Spenden entsprechend der
587 Vereinbarung zwischen der Stadtratsfraktion und ihren Mitgliedern und dem Stadtvorstand
588 einen enormen Anteil am guten Ergebnis. Diese Mittel werden zur Finanzierung des
589 Kommunalwahlkampfes 2014 eingesetzt.
590 Für die weitere Rekonstruktion des Liebknecht-Haus sammelten wir in den vergangenen
591 beiden Jahren über 31.000 €. Für die energetische Sanierung gaben wir 43.300 € aus.
592 Abschließend müssen wir einschätzen, dass wir in der vergangenen Wahlperiode durch gute
593 Ergebnisse in der Einnahmepflichterfüllung und sparsamen Umgang mit unseren finanziellen
594 Ressourcen die Ausgaben mit Einnahmen decken und somit unsere Rücklagen sichern
595 konnten. Wir konnten aber nicht, wie in früheren Zeiten ohne Wahlkämpfe, unser Vermögen
596 soweit sanieren, dass wir künftigen Wahlkämpfen beruhigt entgegensehen können.

597 **3.7. Zum Liebknecht-Haus**

598 Auch im vorliegenden Berichtszeitraum haben wir insbesondere die äußerliche Attraktivität
599 unseres Liebknecht-Hauses erhöht. Neben zahlreichen Veranstaltungen die in regelmäßigen
600 Abständen stattfinden, unterbreiten wir auch immer wieder in unregelmäßigen Abständen
601 Angebote, um das Liebknecht-Haus noch mehr in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken,
602 darunter mehrere Ausstellungen (u. a. zur Geschichte der Friedensfahrt, zum Leben von Ernst
603 Thälmann, zur Lage in Afghanistan und zuletzt Karikaturen von Heinrich Ruynat). Darüber
604 hinaus gelingt es insbesondere der Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen mit ihren
605 monatlich stattfindenden Filmabenden einen entsprechenden Beitrag zu leisten. Höhepunkte
606 im Jahreskalender sind stets die Hoffeste am 1. Mai und im Sommer, die im Garten des
607 Liebknecht-Hauses stattfinden. Zur weiteren Attraktivität hat sicher auch beigetragen, dass
608 die Liebknecht-Gedenkstätte im Erdgeschoss des Liebknecht-Hauses neu gestaltet und
609 erweitert wurde. Nun muss es uns noch besser gelingen, mit diesem Pfund auch zu wuchern
610 und wieder Schulklassen, aber auch Touristinnen und Touristen an diese Gedenkstätte
611 heranzuführen, die immerhin im neuen sächsischen Museumsführer aufgeführt wird. 2012
612 werden wir uns erstmals an der Leipziger Museumsnacht beteiligen.
613 Im Berichtszeitraum wurde auf dem Dach des Liebknecht-Hauses eine Photovoltaik-Anlage
614 errichtet, welches es uns möglich macht, den Eigenbedarf an Strom komplett abzudecken
615 und noch 30 Prozent der erzeugten Strommenge ins öffentliche Stromnetz einzuspeisen.
616 Damit ist auch ein ganz entscheidender Beitrag für eine grünere LINKE geleistet worden. In
617 diesem Zusammenhang war es uns auch möglich, die Vorderfassade und den Seitengiebel zu
618 sanieren. Ohne das finanzielle Engagement unserer Mitglieder wären aber beide Maßnahmen
619 nicht möglich gewesen.

620 Wir können also nach über einem Jahrzehnt Liebknecht-Haus Leipzig sagen, dass es noch
621 zwei Etappen sind, bis das Haus abschließend saniert ist. In den kommenden Jahren muss es
622 uns gelingen, vor allem mit der Hilfe unserer Mitglieder, die Finanzen für die ausstehende
623 Sanierung der Hoffassade und des verbleibenden Seitengiebels aufzubringen.

4 **Bericht zur Tätigkeit der Finanzrevisionskommission in der**
5 **Wahlperiode vom Februar 2010 bis Februar 2012**

6 Auf der 1. Tagung des 2. Stadtparteitages Leipzig am 30. Januar 2010 beschlossen die Delegierten
7 die Stärke der FRK mit 5 Mitgliedern.

8 Die gewählten Genossinnen und Genossen führten vom Februar 2010 bis zum Februar 2012
9 insgesamt 25 Prüfungen zu den Finanzen des SVL und der dazugehörigen ordnungsgemäßen
10 Buchführung durch.

11 Grundlage der Prüfungen waren dabei die Einhaltung der Rechtsvorschriften der BRD, die
12 Realisierung von finanzpolitischen Beschlüssen auf den Stadtparteitagen sowie die Einhaltung der
13 Finanz- und Kassenordnung des SVL.

14 In den halbjährlichen Arbeitsplänen wurden neben regelmäßigen Prüfungen zur Buchführung auch
15 Themen zu den Aufgaben der Finanzarbeit des SVL – Erhöhung der Einnahmen, Sparsamkeit beim
16 Umgang mit den Parteifinanzen und beim Einsatz zweckgebundener Geldanlagen – aufgenommen.

17 Die einzelnen Kontrollen beinhalteten die folgenden Scherpunkte:

- 18 - zur Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und zu den monatlichen Abrechnungen der Kasse
19 und der Bankkonten an den Landesvorstand Sachsen,
- 20 - zur Finanzplanung 2011 und 2012,
- 21 - zu den Einnahmen-/Ausgabenrechnungen 2010 und 2011 und deren Erfüllungsstand für die
22 Berichterstattung auf den Stadtparteitagen,
- 23 - zur Mitgliederbewegung und Entwicklung der Mitgliedsbeiträge sowie zu den
24 Beitragszahlungen für die Partei Europäische Linke,
- 25 - zur Ordnungsmäßigkeit der Nachweisführungen bereitgestellter Mittel für die politische
26 Arbeit der OV und BO,
- 27 - zur Entwicklung und Verwendung des Vermögens des SVL,
- 28 - zur Kontrolle der beschlossenen Maßnahmen zur Sicherung der finanzpolitischen
29 Handlungsfähigkeit des SVL.

30 Monatliche Prüfungen der Einnahme- und Ausgabebelege in Verbindung mit den
31 Buchungsnachweisen getrennt nach Kasse und den geführten Bankkonten ermöglichten mit dem
32 neuen Buchungsprogramm neben einer sorgfältigen Kontrolle der Anforderungen an die Belege, der
33 sachlichen Richtigkeit und der Zahlungsanweisungen von den Unterschriftsberechtigten, stets auch
34 die genaue Prüfung der Verwendungsnachweise der Gelder.

35 Diese Prüfungen machten den Hauptteil der Tätigkeit der FRK aus.

36 Thematische Prüfungen, wie z. B. zu den Jahresabschlüssen, zum Einsatz von zweckgebundenen
37 Geldanlagen sowie zur Mitgliederbewegung und den Beitragszahlungen erfolgten mit Abstimmung
38 der Schatzmeisterin auf der Grundlage der von ihr bereitgestellten Unterlagen.

39 Vor Übergabe der Jahresabschlüsse an den LVS konnten außer die Ordnungsmäßigkeit der
40 Buchungsunterlagen für die Kasse und die Bankkonten auch die Vollständigkeit der Abrechnungen
41 für die OV und BO im Stadtverband und die Durchführung der Inventur in der Geschäftsstelle
42 bestätigt werden.

43 Bei der Prüfung zur Mitgliederbewegung und zur Beitragszahlung konnte bei der Schatzmeisterin,
44 Genossin Gladytz, ein Übersicht eingesehen werden, in der alle Mitglieder mit Beitragsrückständen
45 ohne Befreiung für den Zeitraum 31.12.2008 bis zum 01.01.2011 aufgelistet waren. Sie war das
46 Ergebnis der Überprüfung der Mitgliederkartei. Daraus wurden Schlussfolgerungen zur Klärung der
47 Ursachen für die Beitragsrückstände bis zur Beschlussfassung über die Beendigung der

48 Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE abgeleitet. Andere Übersichten zum Stand der monatlichen
49 Zahlungseingänge, die Aussagen sowohl zur termingerechten Entrichtung der Beiträge je Mitglied
50 als auch zum Stand der Erfüllung des Einnahmeplanes möglich machen, wurden stichprobenweise
51 geprüft.
52 Die vom SVL abgeschlossenen Verträge wurden einer detaillierten Prüfung unterzogen. Es gab
53 keine Beanstandungen.
54 Mit der Prüfung der Geldanlagen für die Sanierung des Liebknecht-Hauses und der Installierung der
55 Photovoltaikanlage wurden die Beschlüsse des Stadtparteitages und des Stadtvorstandes auf ihre
56 Realisierung bewertet. Am 13.08.2011 konnten mit der Übergabe der Anlage auch die geplanten
57 Sanierungsmaßnahmen am Haus abgeschlossen werden.
58 Stichprobenweise Kontrollen zur Spendenordnung, wie die Einhaltung der formellen und
59 inhaltlichen Festlegungen, ergaben, dass die gesetzlichen Regelungen beachtet werden und
60 Spenden hauptsächlich für langfristige Geldanlagen (z. B. das Liebknecht-Haus) und den
61 kommunalen Wahlkampf eingesetzt werden und damit den Beschlüssen des SVL entsprechen.
62 Getroffene Feststellungen wurden sofort nach den Prüfungen mit der Schatzmeisterin ausgewertet
63 und in einem Protokoll dem SVL zugeleitet.
64 Informationen von der Schatzmeisterin über finanzpolitische Entscheidungen des LVS und die
65 Hinweise der Landesrevisionskommission zum Erfahrungsaustausch am 19.03.2011 wurden bei der
66 Arbeitsplanung und bei den Prüfungen der FRK des SVL berücksichtigt. Die Aufgabenstellungen und
67 die Themen für die Prüfungstätigkeit wurden mit allen Genossinnen und Genossen gemeinsam
68 beraten. Dazu dienten auch die Auswertungen der angefertigten Protokolle.
69 Den neu zu wählenden Mitgliedern empfehlen wir, ihre Tätigkeit unter Beachtung der Grundsätze
70 ordnungsgemäßer Buchführung und entsprechend den finanzpolitischen Entscheidungen des
71 Stadtparteitages und des SVL konsequent fortzusetzen.
72 Die Mitglieder der FRK bitten die Delegierten des SPT, den vorliegenden Bericht und die Entlastung
73 von ihrer Funktion zu beschließen.

1

2

Bericht der Schlichtungskommission

3 Die Schlichtungskommission wurde auf der 1. Tagung des 2. Stadtparteitags im Januar 2010
4 gewählt. Ihr gehören folgende GenossInnen an: Elke Denecke, Beate Ehms, Kay Kamieth, Steffen
5 Klötzer und Jenny Leschke.

6 Am 25.03.2010 wurde Beate Ehms zur Vorsitzenden gewählt.

7 Die Schlichtungskommission hatte in ihrer Amtszeit nur ein Verfahren durchzuführen.

8 Im Frühjahr 2010 hatten sich mehrere GenossInnen der BO Reudnitz-Anger-Crottendorf-Thonberg
9 an die Schlichtungskommission gewandt, weil sie in dem Beschluss zum Zehn-Punkte-Programm
10 eine Satzungsänderung sahen. Im Kern ging es um die Absicht bis Jahresende
11 Stadtbezirksverbände zu gründen.

12 Es wurde eine mündliche Verhandlung durchgeführt.

13 Die Schlichtungskommission wertete das Zehn-Punkte-Programm nicht als Satzungsänderung
14 sondern als politische Zielsetzung und lehnte den Antrag ab.

15 Weitere Anträge gingen nicht ein.

KandidatInnenkonzept für die Kommunalwahl 2014

Empfehlungen der Projektgruppe 10 x 10

Vorbemerkung:

Mit Beschluss des Stadtparteitages vom 18. Juni 2011 wurde der Stadtvorstand beauftragt, ein Konzept zur Gewinnung von 100 KandidatInnen für die Stadtratswahl 2014 zu entwickeln und eine Projektgruppe zu dessen Umsetzung zu berufen. In seiner Sitzung am 11. Oktober 2011 berief der Stadtvorstand Mattias Arnold, Nadja Guld, Margitta Hollick, Volker Külow (Leiter) und Julius Späte in die Projektgruppe 10 x 10, die dem Stadtvorstand am 14. Februar 2012 einen entsprechenden Konzeptentwurf vorlegte.

Der Stadtvorstand beschloss in dieser Sitzung das Papier in der vorliegenden Fassung.

Zielstellung:

Für ein erfolgreiches Abschneiden bei der nächsten Kommunalwahl 2014 strebt DIE LINKE. Leipzig an, in allen 10 Stadtbezirken mit jeweils 10 KandidatInnen anzutreten, um als stärkste Partei bei der Wahl abzuschneiden. Unter den 10 KandidatInnen der jeweiligen Stadtbezirke sollen mindestens drei unter 35 Jahren alt sein, zudem wird eine Quotierung angestrebt. Alle KandidatInnen sollten nach Möglichkeit in der Stadtgesellschaft verankert und gegebenenfalls bereits in zivilgesellschaftlichen Projekten engagiert sein, damit sie über einen gewissen örtlichen Bekanntheitsgrad verfügen.

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Arbeit steht die frühzeitige Personalentwicklung vor Ort, die darauf ausgerichtet ist, geeignete KandidatInnen zu finden, zu motivieren, zu fördern und langfristig auf ihre Kandidatur für 2014 vorzubereiten. Bei der Fokussierung auf Stadtratskandidaturen darf nicht außer acht gelassen werden, dass auch für die Stadtbezirks- und Ortschaftsräte genügend KandidatInnen für DIE LINKE gewonnen werden müssen. In diesem Kontext ergeben sich ganz unterschiedliche Anforderungen an die einzelnen Stadtbezirksverbände, da die Gesamtanzahl der gewählten Stadträte bzw. Stadtbezirks- und Ortschaftsräte je Stadtbezirk sehr unterschiedlich ist und sich in einer Spannbreite von fünf bis sieben bewegt (siehe Anlage).

Das vorliegende Konzept soll dazu beitragen, dieses strategische Ziel im gesamten Stadtverband - primär allerdings in politischer Verantwortung der Stadtbezirksverbände - zu realisieren. Die Umsetzung des Vorhabens wird nach der geplanten Beschlussfassung auf dem Stadtparteitag am 24. März 2012 von der Projektgruppe im Rahmen ihrer zeitlichen Möglichkeiten vor Ort begleitet und unterstützt.

Ausgangslage:

Die personellen und strukturellen Voraussetzungen für die Umsetzung des Projektes sind im Stadtverband sehr unterschiedlich. Das hat zunächst mit der Tatsache zu tun, dass es im Stadtverband drei sehr große Stadtbezirksverbände mit ca. 180-240 Mitgliedern (Mitte, Süd, West), sechs mittelgroße mit ca. 100-150 Mitgliedern (Nord, Alt-West, Südwest, Südost, Nordost, Ost) sowie einen relativ kleinen Stadtbezirksverband mit 65 Mitgliedern (Nordwest) gibt. Darüber hinaus differieren die Stadtbezirksverbände sehr nach dem Grad des bisherigen Zusammenwachsens der Basis- und Ortstrukturen, der Anzahl der Neumitglieder und dem Niveau ihrer Betreuung, dem prozentualen Anteil jüngerer Parteimitglieder, dem Anteil aktiver Frauen usw. .

Zu beachten ist nicht zuletzt, dass die Rahmenbedingungen für die lokale Parteiarbeit auch von den politischen, sozialen, demografischen und wirtschaftlichen Parametern in den einzelnen Stadtbezirken und Ortsteilen abhängig sind.

44 **1. Verantwortlichkeit der Vorstände der Stadtbezirksverbände stärken**

45 **Mitglieder- und Neumitgliederbetreuung**

46 Die Stadtbezirksverbände müssen eine aktive (Neu-)mitgliederbetreuung betreiben, die nicht nur
47 auf den Schultern des jeweiligen Neumitgliederbeauftragten ruht. Zur Verbesserung insbesondere
48 der Neumitgliederbetreuung wird in Zusammenarbeit mit dem Jugendverband und den
49 Neumitgliederbeauftragten des Stadtvorstandes ein stadtverbandsweites Netzwerk gegründet, das
50 beratend und organisierend bei der Umsetzung z. B. von Stammtischen für junge Mitglieder,
51 Gesprächskreisen, Workshops u. ä. behilflich ist.

52 **Strukturen**

53 Es wird empfohlen, dass die Vorstände der Stadtbezirksverbände ihre Leitungsstruktur für eine
54 Verbesserung der Mitgliederbetreuung und innerparteilichen Netzwerkarbeit weiter modernisieren.
55 Im Vorstand sollte es neben einem Neumitgliederbeauftragten auch einen Jugendbeauftragten
56 geben, der möglichst unter 35 Jahre ist und sich vornehmlich um die Belange junger GenossInnen
57 im Stadtbezirk sowie um die Betreuung der Neumitglieder, die ebenfalls unter 35 Jahren sind,
58 kümmert. Die Funktion des Jugendbeauftragten kann bei Personalknappheit auch neben anderen
59 Positionen im Stadtbezirksvorstand bekleidet werden. Vorstände der Stadtbezirksverbände, die
60 derzeit kein Mitglied unter 35 Jahren haben, sollten dies bei der kommenden Wahl soweit wie
61 möglich berücksichtigen.

62 Darüber hinaus ist das kontinuierliche Zusammenwirken des Stadtbezirksvorstandes mit den
63 jeweiligen StadträtInnen sowie den Stadtbezirksbei- und Ortschaftsräten durch regelmäßige
64 Beratungen zu gewährleisten, wie es im Punkt 6 des 10-Punkte-Aktionsprogramms beschlossen
65 wurde.

66 **Öffentlichkeitsarbeit**

67 Die Stadtbezirksverbände bemühen sich um eine verstärkte lokale Öffentlichkeitsarbeit. Dazu
68 gehören regelmäßige öffentliche Mitgliederversammlungen bzw. Bürgerforen, Flyeraktionen,
69 kontinuierlich Infostände (mit StadträtInnen und MdL/MdB), Nutzung des Wahlmobils, ein eigener
70 Internetauftritt über die Homepage des Stadtverbandes, eigene Presseerklärungen zu lokalen
71 Problemen usw.

72 **Aktive Netzwerkarbeit**

73 Die Stadtbezirksverbände verschaffen sich einen Überblick über die aktuelle Vernetzung und
74 Mitwirkung ihrer Mitglieder in der örtlichen Vereinslandschaft bzw. anderweitigen zivil-
75 gesellschaftlichen Zusammenhängen. Sofern personell umsetzbar, wird in ausgewählten Strukturen
76 künftig stärker mitgearbeitet und zugleich geprüft, aus welchen konkreten Strukturen vor Ort
77 (Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen usw.) verstärkt parteilose KandidatInnen gewonnen werden
78 könnten.

79 **Personalentwicklung**

80 Die Vorstände klären möglichst frühzeitig die Bereitschaft der jetzigen StadträtInnen sowie der
81 Stadtbezirks- und Ortschaftsräte für eine eventuelle Wiederkandidatur ab und bemühen sich in
82 Abstimmung mit der Personalentwicklungsgruppe, die im September 2012 vom Stadtvorstand
83 beschlossen wird, um eine rechtzeitige KandidatInnenauswahl.

84 **2. Mitwirkung durch Stadtverband und Stadtvorstand**

85 **Veranstaltungen**

86 Um den politischen Stellenwert der Neumitgliederbetreuung und Personalentwicklung zu erhöhen,
87 wird der Stadtvorstand ab 2012 mehr stadtweite innerparteiliche Angebote wie Coachings,
88 Beratungen und Briefings zu diesen Themen anbieten.

89 **Personalentwicklung**

90 Der Stadtvorstand wird im September 2012 eine Personalentwicklungsgruppe berufen, damit die
91 Kommunalwahlen 2014 personell langfristig vorbereitet werden. Besonderer Wert muss auf die
92 Gewinnung von Frauen gelegt werden, da hier immer noch Defizite bestehen.

93 **Inhaltliches Profil schärfen**

94 Nach der Erarbeitung von diversen inhaltlichen Positionen (u. a. ökologische Leitlinien zur Klima-
95 und Energiepolitik, integrationspolitische Leitlinien) werden ab 2012 weitere programmatische
96 Grundsatzpositionen zu kommunalpolitischen Themen (u. a. linke Mittelstandspolitik in Leipzig,
97 ordnungs- und sicherheitspolitische Leitlinien, Positionspapier zur Kultur- und Kreativwirtschaft)
98 erarbeitet, um für neue Zielgruppen und Wählerschichten attraktiv zu werden. In diesem Kontext
99 entscheidet der Stadtvorstand die Frage, welche Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen u. ä.
100 vornehmlich auf Stadtebene angesprochen werden können/müssen.

101 **Coaching**

102 Die Umsetzung des KandidatInnenkonzeptes 10 x 10 sowie weiterer neuer Konzepte, wie das
103 Kommunikations- und Medienkonzept, werden nach ihrer Beschlussfassung mittels vom
104 Stadtvorstand berufener Coachinggruppen (Projektgruppe plus 2-3 Interessierte) in die
105 Stadtbezirksverbände getragen. Mit den Coaches zusammen können die Stadtbezirksverbände
106 dann ihre Handlungsfelder auf bedarfsgerechter Basis erarbeiten und umsetzen.

107 **3. Spezielle Aktivitäten des Jugendverbandes**

108 **Vernetzung mit dem Stadtverband**

109 Der Jugendverband stellt sich 2012 in allen Stadtbezirksverbänden in geeigneter Form vor und
110 unterstützt besonders die politische Betätigung der jungen (Neu-)mitglieder in Leipzig.

111 **Zusammenarbeit mit der Stadtratsfraktion**

112 Es wird angeregt, dass zwischen Stadtratsfraktion und Jugendverband Kooperationsbeziehungen
113 hergestellt werden, die ein frühzeitiges Kennen lernen der konkreten kommunalpolitischen Arbeit
114 durch die Mitglieder des Jugendverbandes befördern (kommunalpolitischer Jugendstammtisch o.
115 ä.). Bei dezidiert jugendpolitischen Themen wird der Jugendverband von der Fraktion stärker zur
116 Erarbeitung von inhaltlichen Positionen einbezogen.

Stadtbezirk	Stadtrat	SB-Beirat	Ortschaftsrat	
Mitte	2	3		5
Nordost	1	4		5
Ost	2	3	2	7
Südost	1	3	3	7
Altwest	1	3	3	7
West	2	4	1	7
Südwest	2	3	1	6
Süd	2	3		5
Nord	2	3	1	6
Nordwest	2	3	2	7
	17	32	13	62

117

Antrag A.1.

1 Antragsteller: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig

Größe des Stadtvorstandes

3 Der 3. Stadtparteitag möge beschließen:

4 Der Stadtvorstand wird einer Größe von **15 Mitgliedern** gewählt.

Antrag A.2.

1 Antragsteller: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig

Größe der Schlichtungs- und der Finanzrevisionskommission

4 Der 3. Stadtparteitag möge beschließen:

- 5 1. Die **Schlichtungskommission** wird in einer Stärke von **fünf Mitgliedern** gewählt.
- 6 2. Die **Finanzrevisionskommission** wird in einer Stärke von **fünf Mitgliedern** gewählt.

Antrag A.3.

1 Antragsteller: AG Behindertenpolitik Die LINKE. Leipzig

Behindertenpolitischer Teilhabeplan

3 Der Stadtparteitag möge beschließen:

4 **Der Stadtparteitag der Partei die LINKE bittet die Fraktion Die LINKE. im Stadtrat zu Leipzig**
5 **Initiativen für die Erstellung eines „Behindertenpolitischen Teilhabeplanes für die Stadt**
6 **Leipzig“ zu ergreifen.**

7 Begründung:

8 erfolgt mündlich

Antrag A.4.

1 Antragsteller: AG Behindertenpolitik Die LINKE. Leipzig

Belange von Menschen mit Behinderungen

3 Der Stadtparteitag möge beschließen:

4 **Der Stadtparteitag der Partei die LINKE bittet die Fraktion Die LINKE. im Stadtrat zu Leipzig**

5 **sich dafür einzusetzen, dass**

6 a) **die Belange von Menschen mit Behinderungen in den strategischen Zielen der**
7 **Stadt Leipzig Berücksichtigung finden und**

8 b) **die Belangen von Menschen mit Behinderungen in den Prüfkatalog zu**
9 **Auswirkungen von Vorlagen im Leipziger Stadtrat aufgenommen werden.**

10 **Begründung:**

11 erfolgt mündlich

Antrag A.5.

1 **AntragstellerInnen:** Beate Ehms, Maren Müller, Gerd Eiltzer, Andreas Elze, Mario Wenzel, Marco
2 Böhme, Ulf-Peter Graslaub, Michael Nimz, Paul Frost, Sonja Buchterkirchen, Thomas Netzer, Petra
3 Ertl, Grete Bach, Petra Blume, Wolfgang Denecke, Klaus Kniß, Juliane Nagel

Erarbeitung eines Kommunikationskonzeptes

5 Wer mit Politik etwas bewegen will, muss viele Menschen erreichen, überzeugen und gewinnen. Wir
6 wollen sowohl die Mitglieder unserer Partei wie auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt
7 erreichen, immer mehr mit ihnen ins Gespräch kommen, Ideen aufgreifen und gemeinsam
8 umsetzen. Transparenz und die vielfältige Mitwirkung sollen Grundsätze unserer internen und
9 externen Arbeit sein.

Der Stadtparteitag möge beschließen:

11 Der Stadtvorstand beruft eine Arbeitsgruppe, die ein neues Kommunikationskonzept erarbeitet.
12 Mitglieder der Arbeitsgruppe können alle Mitglieder und Gastmitglieder sein, die Interesse an der
13 Mitarbeit anzeigen. Erforderlich ist, dass der/die PressesprecherIn, Mitglieder der Redaktion des
14 Mitteilungsblattes, BetreuerInnen der Homepage des Stadtvorstandes sowie der Präsenz in den
15 sozialen Netzwerken mitwirken.

16 Das Konzept muss eine Analyse des derzeitigen Standes der politischen Kommunikation des
17 Stadtverbandes sowie einen daraus resultierenden Maßnahmenkatalog beinhalten.

18 In das Konzept müssen außerdem die bereits bestehenden Ausarbeitungen/Empfehlungen auf
19 Bundes- und Landesebene (z. B. Roter Ordner des Bundesvorstands) einfließen.

20 Der Entwurf wird auf der zweiten Tagung des 3. Stadtparteitags eingebracht und spätestens auf der
21 dritten Tagung beschlossen.

22 Im Vorfeld der Beschlussfassung wird der Entwurf öffentlich vorgestellt.

Begründung:

24 Seit 2004 gibt es ein politisches Kommunikationskonzept, das im Stadtverband Leipzig erarbeitet
25 worden ist. Seit dem sind acht Jahre vergangen.

26 Die Mediennutzung und Medienkompetenz unserer Mitglieder und die Nachfrage nach modernen
27 und interaktiven Inhalten und Angeboten zur Mitwirkung hat sich deutlich verändert. Beispiele dafür
28 sind die Nachfrage nach Angeboten wie „neue Medien für ältere Mitglieder“ sowie die Nutzung von
29 Plattformen wie Facebook und Twitter.

30 Veränderungen innerhalb der Mitgliedschaft und der Parteistrukturen erfordern die Überarbeitung
31 bestehender Konzepte.

Antrag A.6.

1 **Antragsteller:** Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig

2 **Umgang mit dem Papier Linke Mittelstandspolitik in Leipzig**

3 Der Stadtparteitag beschließt:

4 Der Stadtvorstand schlägt der 1. Tagung des 3. Stadtparteitages vor, nach dem
5 Stadtparteitag mit der öffentlichen Diskussion des vorliegenden - in der
6 Stadtvorstandssitzung am 14. Februar 2012 beschlossenen - Positionspapiers zu beginnen,
7 diese in den folgenden Monaten im Stadtverband fortzusetzen und das Material auf der 2.
8 Tagung im Herbst 2012 zu verabschieden.

9 **Begründung:**

10 Der Stadtparteitag hat am 18. Juni 2011 auf Antrag der AG Linke UnternehmerInnen und Dr.
11 Barbara Höll beschlossen, den Stadtvorstand unter Einbeziehung der Antragsteller bis zum
12 Jahresende 2011 mit der Erarbeitung eines Positionspapiers zur linken Mittelstandspolitik zu
13 beauftragen und dieses Papier den Mitgliedern des Stadtverbandes zur weiteren Diskussion
14 und Qualifizierung zu übergeben. Nach dem ursprünglichen Zeitplan sollte der Stadtparteitag
15 im Frühjahr 2012 abschließend über das Positionspapier befinden. Dieser Zeitplan konnte aus
16 verschiedenen Gründen nicht eingehalten werden.

17 **Linke Mittelstandspolitik in Leipzig** 18 **POSITIONSPAPIER (Entwurf)**

19 **1. Zielstellung des Positionspapiers:**

20 Im Mittelpunkt dieses Positionspapiers steht die Erhöhung der wirtschaftspolitischen
21 Kompetenz des Stadtverbandes, um die Suche nach tragfähigen linken Alternativen zum
22 gegenwärtigen krisengeschüttelten Wirtschaftssystem zu qualifizieren. Ohne Preisgabe
23 bisheriger programmatischer Schwerpunkte - insbesondere im Sozialbereich - setzt sich
24 zunehmend die Einsicht durch, dass eine weitere erfolgreiche Entwicklung der Partei auch auf
25 lokaler Ebene nur gelingen kann, wenn das Themenangebot der LINKEN für politisch zunächst
26 eher distanzierte, aber grundsätzlich aufgeschlossene Teile der Gesellschaft verbreitert und
27 vertieft wird. Eine eigenständige linke Wirtschaftspolitik ist dafür unverzichtbar. Unser
28 Positionspapier zur linken Mittelstandspolitik in Leipzig versteht sich als Dialogangebot für
29 bislang eher skeptische soziale Schichten; es geht uns um eine gesteigerte Glaubwürdigkeit
30 der gesamten linken Programmatik in den Augen der potenziellen Wählerschaft.

31 Dem Beschlussvorschlag folgend, knüpft das Positionspapier an Aussagen des
32 Kommunalwahlprogramms 2009 an. Es zielt auf eine Verbesserung des Kontaktes zu Kleinst-,
33 Klein- und mittleren Unternehmern sowie ihren berufsständischen Interessenvertretungen,
34 rückt die Lebenswirklichkeit der Selbstständigen stärker in unser Blickfeld, versucht die
35 Bildungs-, Innovations- und Wirtschaftspolitik miteinander zu verknüpfen, erstreckt sich auf
36 sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze mit menschenwürdiger Bezahlung, bietet Ansätze für
37 eine gerechte Besteuerung quer über alle Einkommensgrenzen hinweg, erstreckt sich auf die
38 besondere Rolle der kommunalen Unternehmen und setzt sich auch für vertiefte regionale
39 Wirtschaftskreisläufe ein.

40 Die spezifische Stärke linker wirtschaftspolitischer Ansätze besteht darüber hinaus nach
41 unserer Ansicht im konsequenten Reproduktionsdenken und einer deutlichen qualitativen
42 Wachstumsorientierung. Dies widerspiegelt sich auch in den 2010 durch den Leipziger
43 Stadtverband beschlossenen *Ökologischen Leitlinien*: „Ein konsequentes Umsteuern auf
44 ressourcensparendes Wirtschaften, erneuerbare Energien und regionale Wirtschaftskreisläufe

Antrag A.6.

45 birgt zudem Chancen für nachhaltige Beschäftigung, mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung
46 auch gerade in einer Großstadt wie Leipzig.“¹

47 **1. DIE LINKE und der Mittelstand**

48 Das Verhältnis der Linken in Deutschland zu den Kleinst-, kleinen und Mittleren
49 Unternehmern (KMU), zum Mittelstand insgesamt ist über viele Jahrzehnte von
50 Missverständnissen und nicht begründeten Vorbehalten bestimmt. Aus Sicht der Linken
51 wurden die KMU immer als Teil des zu stürzenden kapitalistischen Systems verstanden, und
52 nicht als ein Teil der Gesellschaft, der selbst der kapitalistischen Ausbeutung unterliegt. Am
53 sichtbarsten in den Anfang der 1970er Jahre in der DDR erfolgten Enteignung noch
54 bestehender KMU.

55 Die Linken haben immer wieder verkannt, dass die KMU, als in der Regel
56 Personengesellschaften sowie kleine Kapitalgesellschaften

57 - ein wesentlichen quantitativer und qualitativer Teil der bundesdeutschen Volkswirtschaft
58 sind und

59 - einen notwendigen Beitrag zur Entwicklung und Sicherung regionaler Wirtschaftskreisläufe
60 leisten, damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung und Entwicklung von Arbeitsplätzen
61 und der Lebensqualität in der Region leisten.

62 Im Zuge der Abkehr von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hin zu einem
63 uneingeschränkten Finanzkapitalismus im Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik
64 Deutschland und in der EU werden die KMU selbst zum Spielball des Finanzkapitals. Sie
65 werden benutzt, um die Verwertungsbedingungen der großen Kapitalgesellschaften weiter zu
66 maximieren. Wenn heute DIE LINKE z.B. für die Durchsetzung eines flächendeckenden
67 Mindestlohns in Deutschland kämpft, dann tut sie dies auch im Interesse der KMU. Der
68 Mindestlohn trägt wenigstens dazu bei die in der Region zur Verfügung stehende Kaufkraft
69 weiter zu entwickeln, faire und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer,
70 also auch den KMU durchzusetzen, damit auch Lohn-, Sozial- und Preisdumping als Mittel der
71 Wettbewerbsverfälschung auszuschalten, und letztlich wieder zu einer tatsächlich Sozialen
72 Marktwirtschaft zurückzukehren.

73 Wer die KMU stärkt, stärkt und entwickelt regionale Wirtschaftskreisläufe. Wer die KMU
74 stärkt, stärkt für alle Menschen die Arbeits- und Lebensbedingungen in unserem Land. Wer
75 die KMU stärkt, leistet auch einen Beitrag, um die Exportabhängigkeit der Bundesrepublik zu
76 reduzieren. Damit wird auch die Anfälligkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber
77 Konjunkturschwankungen auf den Weltmärkten abgedeckt.

78 Für DIE LINKE gilt als programmatischer Grundsatz: „Grundsätzlich gehört zur pluralen
79 Eigentumsordnung des Demokratischen Sozialismus das Privateigentum kleiner und mittlerer
80 Unternehmer.“² DIE LINKE ist sich in diesem Kontext der Bedeutung der KMU, der kleinen und
81 mittleren Unternehmer klar bewusst. In ihrem auf dem Bundesparteitag in Erfurt
82 beschlossenen *Programm* widmet sie den KMU einen eigenen Abschnitt. Dort wird
83 exemplarisch festgestellt, dass es auch viele kleine und mittlere Unternehmer gibt, „die nicht
84 (...) von der Ausbeutung fremder Arbeit leben. Sie leiden selbst unter der Übermacht des
85 großen Kapitals.“³ Im *Programm* werden den KMU auch z.B. die sogenannten Freien Berufe
86 mit zugeordnet, womit ein umfassender Mittelstandsbegriff in Anwendung gebracht wird.

¹ DIE LINKE. Leipzig: Ökologische Leitlinien 2010, Seite 2.

² Programm der Partei DIE LINKE, Seite 15.

³ Programm der Partei DIE LINKE, S. 15.

Antrag A.6.

87 Was ist linke Wirtschaftspolitik?

88 Sie ist grundsätzlich am Gemeinwohl orientiert und bestimmt die politischen
89 Rahmenbedingungen im Wechselverhältnis zwischen betriebswirtschaftlichen
90 Notwendigkeiten und volkswirtschaftlichen Erfordernissen. Dieses Herangehen schließt ein,
91 das erwirtschaftete Betriebsgewinne aus unternehmerischer Tätigkeit in angemessener Höhe
92 der Verwendung im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse zuzuführen sind.

93 DIE LINKE lehnt Auffassungen ab, wonach die Erwirtschaftung von Gewinnen aus
94 unternehmerischer Tätigkeit etwas Verwerfliches ist. Entscheidend ist, unter welchen
95 Bedingungen diese Gewinne erwirtschaftet werden und wie sie verwendet werden. Natürlich
96 muss aus den Gewinnen ein angemessener Unternehmerlohn realisiert werden, müssen
97 notwendige Betriebsinvestitionen vorgenommen und das betriebliche Eigenkapital erhöht
98 werden. Primat hat die Umsetzung des Gemeinwohlprinzips.

99 Im Interesse der Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, unterstützen wir, dass die
100 bisherige Gewerbesteuer durch die Gemeindefinanzsteuer ersetzt wird.

101 DIE LINKE hat sich in der zurückliegenden Zeit intensiv mit der Entwicklung des
102 Mittelstandes, mit der Entwicklung der KMU beschäftigt. Die Bundestagsfraktion führte am
103 27. Mai 2011 eine Anhörung unter dem Motto „Rettungsschirm für Kleinunternehmen“ durch.
104 Diether Dehm, mittelstandspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, stellte dort heraus:
105 „Wir wollen die Vorzüge des Kapitalismus mit den Vorzügen des Sozialismus verbinden.“ Es
106 sei höchste Zeit mit Mittelständlern in Dialog zu treten, „um gegenseitige Missverständnisse
107 auszuräumen und eine Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die nicht den Interessen des
108 Großkapitals und der Banken folgt.“ Und auf der gleichen Veranstaltung stellte der
109 Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi fest, dass man jahrelang DIE LINKE nur als Partei der
110 HARTZ-IV-Empfänger wahrgenommen habe: „Wir /DIE LINKE/ sind auch die Partei des
111 Mittelstands.“⁴

112 Harry Nick formulierte: „Es gibt keine Partei in Deutschland, die die Leistungen der kleinen
113 und mittleren Unternehmen (KMU) nicht preisen würde. Zu Recht. (...) Die wachsende
114 Bedeutung der KMU ist sicher eines der wichtigsten wirtschaftlichen Phänomene der
115 Gegenwart. (...) Alle Parteien geben vor, dass sie den Mittelstand fördern wollen (...) Glauben
116 kann man das nur der LINKEN. (...) Die Hauptursache der Erosion der sozialen Mitte ist die
117 weitere Verarmung der Armen. Die Mittelschichten und die Linken stehen auf derselben Seite
118 in den Kämpfen gegen Konzernmacht und neoliberale Politik.“⁵

119 Christa Luft beschäftigte sich insbesondere mit der Stärkung der Regionalökonomie: „Mit
120 zunehmender Übertragung wirtschaftspolitischer Befugnisse auf die EU-Ebene wird eine
121 kreative regionale Wirtschaftspolitik bedeutsamer. (...) Dafür gibt es kein allgemein gültiges
122 Rezept, aber ein Spektrum von Maßnahmen. Dazu gehören die Ermittlung regionaler
123 Wertschöpfungskompetenzen sowie die Bildung von Netzwerken zwischen Produktions-,
124 Dienstleistungs- und Handelsunternehmen, Lehr- und Forschungseinrichtungen,
125 Kreditinstituten, Vereinen und Verbänden. (...) DIE LINKE sollte die Entfaltung regionaler
126 Wirtschaftskraft parlamentarisch und im Alltag offensiv als Reformprojekt angehen.“⁶

127 Was ist Mittelstand?

128 Eine allgemein gültige und rechtlich verbindliche Definition „Mittelstand“ gibt es nicht.
129 Hilfsweise wird eine quantitative Bestimmung herangezogen. Danach bezieht sich der
130 Mittelstandsbegriff auf Unternehmen aller Branchen, einschl. des Handwerks und der Freien

⁴ Alle Zitate siehe Linke sucht Dialog mit der Wirtschaft. In: neues deutschland, 30. Mai, 2011, Seite 9.

⁵ Harry Nick: Die Stärke kleiner Unternehmen. In: neues deutschland, 1. August 2011, Seite 4.

⁶ Christa Luft: Regionalökonomie stärken. In: neues deutschland, 18. April 2011, Seite 4.

Antrag A.6.

131 Berufe, die eine bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen und/ oder Umsatz sowie Bilanzsumme
132 nicht überschreiten.

133 Dem entsprechend gibt es unterschiedliche Definitionen zur Bestimmung des Mittelstandes
134 sowie von **Klein- und mittleren Unternehmen (KMU)** als wirtschaftlicher Kern des
135 Mittelstandes. Allgemein findet die **Definition der Kommission der Europäischen Union**
136 Anwendung. Auch deshalb, weil sie Grundlage der Beantragung von Leistungen der
137 Wirtschaftsförderung ist:

Typ	Beschäftigte		Umsatzerlöse (Mio. €)		Bilanzsumme (Mio. €)
Kleinstunternehmen	< 10	und	≤ 2	und	≤ 2
Kleine Unternehmen	< 50	und	≤ 10	und	≤ 10
Mittlere Unternehmen	< 250	und	≤ 50	und	≤ 43

138 Zur Anerkennung als KMU durch die EU ist festgelegt, dass max. 25% des Unternehmens in
139 Besitz von Firmen sein darf, die dieser Definition **nicht** entsprechen.

140 In Leipzig ist hauptsächlich der Typ des Kleinstunternehmers präsent.

141 Warum Konzentration auf die Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmer (KMU)?

142 In Deutschland umfassen die KMU laut Angaben des Statistischen Bundesamtes

143 - rd. 99,7 % aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, in denen

144 - knapp 65,8 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten angestellt sind,

145 - rd. 37,5 % aller Umsätze erwirtschaftet werden,

146 - rd. 83,0 % aller Auszubildenden ausgebildet werden.

147 Auffallend ist die schon erwähnte generelle Kleinteiligkeit im Leipziger Mittelstand. In der
148 Regel handelt es sich um Kleinstunternehmer im Bereich Handel, Handwerk und Gewerbe, im
149 Dienstleistungsbereich. Ein entwickeltes produzierendes Gewerbe im Bereich des
150 Mittelstandes, als Ausdruck seiner Leistungsfähigkeit, fehlt. Dies ist einerseits Langzeitfolge
151 der Anfang der 1970er Jahre in der DDR erfolgten Enteignung leistungsfähiger produzierender
152 mittelständischer Unternehmen, andererseits Ausdruck dafür, dass es auch nach 1990 nicht
153 gelungen ist, hier wieder eine gesunde mittelständische Wirtschaftsstruktur herauszubilden.
154 Anders als in den Altländern mit dem massiv präsenten Mittelstand mit Betrieben um die 200
155 Beschäftigten und Umsätzen von mehr als 40 Mio. EURO pro Jahr. Ursächlich ist dies
156 begründet in der ungenügenden Kapitalausstattung der Kleinunternehmer, um deren
157 wirtschaftliche Expansion zu ermöglichen. Andererseits hat die von der sächsischen
158 Landesregierung und der Stadt Leipzig betriebene „Leuchtturm“- Politik eben nicht im Umfeld
159 zur Ansiedlung von mittelständischen produzierenden Unternehmen geführt. Die notwendigen
160 produzierenden mittelständischen Zulieferer befinden sich in der Regel nach wie vor in den
161 Altländern, wobei die erforderliche Logistik über die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur
162 gesichert wird. Der Erfolg mittelständischer produzierender Unternehmen hängt dabei nicht
163 allein von der Kapitalausstattung ab, sondern auch von einer am Bedarf potentieller Kunden
164 orientierten Angebotsgestaltung auf einem bereits aufgeteilten Markt. Die Entwicklung und
165 Nutzung eigener Forschungs- und Entwicklungskapazitäten (F/E) sowie zielgerichtete
166 Marketing-Aktivitäten sind für den dauerhaften geschäftlichen Erfolg unerlässlich.

167 Das Unternehmensregister der Stadt Leipzig für 2009 bis 2011 nach Beschäftigtengrößen-
168 klassen (TAB 807 – Statistik der Stadt Leipzig) verdeutlicht, dass sich Zahl und Struktur der
169 Unternehmen in Leipzig in den vergangenen Jahren nicht oder kaum verändert hat.⁷

⁷ vgl. dazu insbesondere Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Statistisches Jahrbuch
2011, Teil 8 – Wirtschaft; Stadt Leipzig, Dezernat Wirtschaft und Arbeit, Wirtschaftsbericht
2011; Stadt Leipzig, Dezernat Wirtschaft und Arbeit, Leipzig facts 2010.

Antrag A.6.

170 Lt. Statistik gab es in 2011 in Leipzig gesamt 24.137 Betriebe/ Unternehmen (2010: 24.080;
171 2009: 23.565), davon waren
172 - 21.281 (88,2 %) Kleinstunternehmen bis einschl. 9 Beschäftigte,
173 - 2.183 (9,0 %) Kleinunternehmen von 10 bis einschl. 49 Beschäftigte,
174 - 576 (2,4 %) mittlere Unternehmen von 50 bis einschl. 249 Beschäftigte.
175 Lediglich 97 Unternehmen (0,4 %) sind als große Unternehmen mit 250 und mehr
176 Beschäftigten eingeordnet.
177 Diese Angaben decken sich im Wesentlichen mit den Angaben des Unternehmensregisters
178 des sächsischen Landesamtes für Statistik aus 2008 für Leipzig:
179 - 2008 in Leipzig ausgewiesen 24.080 Betriebe;
180 - mit einer durchschnittlichen Unternehmensgröße von 8,2 Beschäftigten.
181 Die Größenklassen der Unternehmen gestalten sich anteilig wie folgt:
182 - 88,3 % mit 1-9 SV-pflichtigen Beschäftigten, mit absolut 30.759 Beschäftigten;
183 - 8,9 % mit 10-49 SV-pflichtigen Beschäftigten; mit absolut 42.911 Beschäftigten;
184 - 2,5 % mit 50-249 SV-pflichtigen Beschäftigten; mit absolut 58.143 Beschäftigten;
185 - 0,4 % mit 250 und mehr SV-pflichtigen Beschäftigten, mit absolut 65.923 Beschäftigten.
186 Damit waren in Leipzig in 2008 gesamt 197.736 Personen in der gewerblichen Wirtschaft in
187 SV-pflichtiger Beschäftigung.
188 Die vorstehenden Angaben beziehen sich auf Unternehmen gesamt, ohne Differenzierung
189 nach Mitgliedsbetrieben IHK zu Leipzig, Handwerkskammer Leipzig und Freiberufler.
190 Aktuellere Angaben aus dem Unternehmensregister sind nicht verfügbar.
191 Diese aufgezeigte Unternehmensstruktur ist weitestgehend mit der im Freistaat Sachsen
192 identisch. Abweichungen zum Bundesdurchschnitt erklären sich auch aus den strukturellen
193 Veränderungen in der örtlichen Wirtschaft nach 1990.
194 Die IHK zu Leipzig weist 41.770 Mitgliedsbetriebe zum 31. Dezember 2011 aus. Dies
195 beinhaltet allerdings auch Betriebsstätten externer Unternehmen sowie nur kurzfristige,
196 projektbezogene Unternehmungen, die der Gewerbepflicht unterliegen, damit auch der IHK-
197 Pflichtmitgliedschaft. Die Aussagekraft dieser Angaben wird selbst durch den zuständigen
198 IHK-Mitarbeiter nur als begrenzt eingeschätzt. In der Regel verweist die IHK auf die Angaben
199 des sächsischen Unternehmensregisters.
200 In den IHK-Mitgliedsbetrieben waren zum 31. Dezember 2011 über alle Berufsgruppen und
201 Ausbildungsjahre insgesamt 8.705 Personen in Ausbildung.
202 Lt. Auskunft der Leipziger Handwerkskammer (HWK) waren zum 31. Dezember 2011 in den
203 5.170 Mitgliedsbetrieben im Durchschnitt 9,2 Mitarbeiter/ Betrieb beschäftigt.
204 Die Kleinteiligkeit im Leipziger Handwerk unterstreichen folgende Angaben (HWK Leipzig,
205 Konjunkturanalyse, Herbst 2011):
206 17% der Betriebe beschäftigten 1 Person (Firmeninhaber),
207 11% der Betriebe beschäftigten 2 Personen,
208 11% der Betriebe beschäftigten 3 Personen,
209 9% der Betriebe beschäftigten 4 Personen,
210 32% der Betriebe beschäftigten 5-10 Personen
211 3% der Betriebe beschäftigten mehr als 51 Personen.
212 Aussagen zu absoluten Beschäftigtenzahlen und zur Anzahl der Auszubildenden für die
213 Mitgliedsbetriebe der HWK im Bereich der Stadt Leipzig waren nicht zu erlangen.
214 Die Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmer in Leipzig haben dazu beigetragen, dass die
215 negativen sozialen Auswirkungen des Strukturwandels nicht noch gravierender in der
216 Gesellschaft durchschlugen. Festzustellen ist, dass für viele vom Strukturwandel betroffene
217 Menschen die Gründung von KMU trotz aller Risiken ein bewusst gegangener Schritt in die
218 Selbständigkeit war. Damit erklärt sich auch die hier festzustellende Fluktuation in der

Antrag A.6.

219 Gründung und der Abwicklung von KMU – einschließlich in den Freien Berufen.⁸ Ein großes
220 Problem ist für viele Soloselbständige und Kleinstunternehmer ihre soziale Absicherung.
221 Dieses Thema kann allerdings nicht auf kommunaler, sondern muss auf Bundesebene gelöst
222 werden.

223 In Leipzig finden wir bisher mittelständische Unternehmen, auch mit ausgeprägter
224 Produktion, F/E und Marketing sowie mit um oder mehr als 200 Beschäftigte und
225 Jahresumsätzen von 40 Mio. EURO und mehr, vorwiegend als kommunale Unternehmen im
226 Bereich der LVV-Gruppe.

227 In Leipzig gab es zuletzt eine rege Diskussion um die Förderung von Unternehmen der
228 Kreativwirtschaft. Diese Unternehmen werden in das Wirtschafts-Cluster „Medien- und
229 Kreativwirtschaft“ eingeordnet. Aus ökonomischer Sicht sind sie Teil der Volkswirtschaft, sie
230 unterliegen also unternehmerischen Prinzipien und betriebswirtschaftlichen Kriterien. In
231 Abhängigkeit von Größe und Leistungsfähigkeit (Anzahl Beschäftigte, realisierte Umsätze,
232 notwendige betriebliche Kosten) sind auch Unternehmen der Kreativwirtschaft in der Regel
233 Bestandteil der KMU. Sie unterliegen damit den für die KMU geltenden Bedingungen der
234 Wirtschaftsförderung.⁹

235 Die KMU sind abhängig von der Nachfrage am Markt, unterliegen aber auch den
236 Marktbedingungen, die sie selber nicht entscheidend beeinflussen können. Die KMU sind
237 innovativ und immer auf der Suche nach neuen Marktchancen. Festzustellen ist, dass die
238 Versorgung mit Kapital ein entscheidendes Hemmnis für die Entwicklung von KMU ist. Die
239 Regelungen durch BASEL II und BASEL III setzen die KMU zusätzlich unter Druck,
240 insbesondere in Richtung auf die geforderte Erhöhung ihres Eigenkapitals.

241 Für eine zielgerichtete Wirtschaftsförderung für die Zwecke der KMU, damit der Kommunen
242 und der Menschen in der Region, besteht also unbedingte Notwendigkeit.

243 Entsprechend der konkreten Situation in Leipzig orientiert das Positionspapier auf eine
244 pragmatische Herangehensweise: Förderung der mittelständischen produzierenden
245 Unternehmen und Unterstützung der kleinteiligen KMU, in Handel, Handwerk und Gewerbe,
246 im Dienstleistungsbereich.

247 2. Handlungsspielraum der Kommunen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik

248 Die betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit der einzelnen wirtschaftenden Einheiten, wird
249 von der Höhe der notwendigen Aufwendungen und der Höhe der erzielten Einnahmen
250 bestimmt. Entscheidend ist das erzielte Betriebsergebnis. Das Betriebsergebnis wird auch
251 durch die zur Verfügung stehende Kaufkraft und die Belastungen durch Steuern und Abgaben
252 bestimmt. Die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, die durch die Politik gesetzt
253 werden, sind nichts statisches, sondern sie unterliegen Veränderungen und sie sollen der
254 Wirtschaftsförderung im weitesten Sinne dienen.

255 Diese Rahmenbedingungen werden auf EU-Ebene, durch den Bund und die Länder sowie
256 durch kommunales Handeln gesetzt. Es gilt, übergeordnete Rechtssetzung bricht bzw.
257 bestimmt nachgeordnete Regelungen. Wer in der Wirtschaftsförderung Recht setzt, ist auch

⁸ Der Hauptgeschäftsführer der IHK Leipzig stellte kürzlich fest, dass in Leipzig von zehn Unternehmensneugründungen nach fünf Jahren nur noch fünf am Markt sind.

⁹ Siehe dazu insbesondere: Analyse und Strategie der Clusterförderung. Handelshochschule Leipzig, 2011. Erarbeitet im Auftrag der Stadt Leipzig, Vorlage DS V-1388/11. Weiterführend aus linker Perspektive zu dieser Problematik siehe DIE LINKE.Leipzig, AG Kultur, Positionspapier zur Kultur- und Kreativwirtschaft. Februar 2012.

Antrag A.6.

258 verantwortlich für die entsprechende finanzielle Untersetzung sowie die Festlegungen zur
259 Umsetzung/ Inanspruchnahme.

260 Wirtschaftsförderung dient der Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit
261 bestehender wirtschaftender Einheiten und der Herausbildung/ Ansiedlung neuer
262 wirtschaftenden Einheiten, um die Entwicklung im Fördergebiet zu beschleunigen.

263 Wirtschaftsförderung ist im Allgemeinen ein Netz von Einzelmaßnahmen, die der Förderung
264 bestimmter Branchen und Regionen dienen. Ziel der Wirtschaftsförderung ist die
265 Entwicklung von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen.

266 Der Handlungsspielraum der Kommunen, also auch der Stadt Leipzig, auf dem Gebiet der
267 Wirtschaftsförderung ist durch die Finanzen der Kommune bestimmt und begrenzt. Die
268 wesentliche Aufgabe kann daher insbesondere nur die Vermittlung auf
269 Wirtschaftsförderungsmaßnahmen des Landes, des Bundes und der Kommune sein. Hier
270 besteht eine besondere Verantwortung der Kammern in der Region. Zu beachten ist, dass
271 bestimmte Maßnahmen eine kommunale Ko-Finanzierung erfordern. Dort, wo diese Ko-
272 Finanzierung nicht möglich ist, entfällt auch die entsprechende
273 Wirtschaftsförderungsmaßnahme (siehe z.B. Konjunkturprogramm II).

274 Es erfolgt eine Konzentration auf die Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmer in der Region.
275 Insbesondere die größeren Kapitalgesellschaften verfügen in der Regel über einen
276 entsprechenden Kapitalstock, um ihre Leistungsfähigkeit zu entwickeln. Hinzu kommt bei den
277 Kapitalgesellschaften die massive Förderung über Landes-, Bundes- und EU-
278 Förderprogramme.

279 Bewährte Formen und Methoden der regionalen Wirtschaftsförderung sind durch die
280 Kommunen vertieft zu nutzen und zu entwickeln. Schwerpunkte sollten Festlegungen in der
281 kommunalen Vergabeordnung, Mikrokredite, die weitere Nutzung von Förderung mittels
282 revolvingender Fonds sein. Wer die KMU in der Kommune fördern will, hat sich auf die
283 regionalen Wirtschaftskreisläufe zu konzentrieren. Aus Sicht der Kommune gilt, dass sich
284 Wirtschaftsfördermaßnahmen aus der Tilgung selbst finanzieren müssen.

285 In der Konsequenz noch nicht abschließend zu beurteilen sind Auswirkungen des
286 demographischen Wandels auf die KMU. Zu erkennen ist jedoch bereits jetzt,
287 - das bei Beibehaltung einer Niedriglohnstrategie durch KMU es zunehmend
288 Schwierigkeiten geben wird ausreichend den Bedarf an Fachpersonal zu sichern. Dies wird
289 verstärkt durch das Ausscheiden langjähriger Mitarbeiter aus Altersgründen,
290 die noch bereit waren, zu Niedriglohnbedingungen zu arbeiten und ggf. Aufstockung
291 hinzunehmen.

292 - dass es auch Schwierigkeiten in der Unternehmensnachfolge geben wird.

293 Es zeigt sich, dass die Auswirkungen des demographischen Wandels notwendige Kooperation
294 und Koordination sowie ggf. Firmenzusammenschlüsse im Bereich der KMU vorantreiben
295 werden. Hier tut sich ein neues Aufgabenfeld für die Ämter für Wirtschaftsförderung in den
296 Kommunen und in der Zusammenarbeit mit den Kammern auf; bis hin zur Unterstützung der
297 Bildung von Genossenschaften als eine Rechtsform im Bereich der KMU.

298 Klar muss sein, die Kommune kann nicht alles, insbesondere kann sie nicht Aufgaben,
299 Verantwortlichkeiten und Finanzierungsfunktionen übernehmen, die aus nachvollziehbaren
300 Gründen anderen Ebenen zugeordnet sind. Die Kommune kann eigenverantwortlich
301 Schwerpunkte in der Wirtschaftsförderung setzen, die aber nicht gegen geltende
302 übergeordnete Regelungen verstoßen dürfen und die in ihrer Finanzierung gesichert sein
303 müssen. Damit werden Grenzen eigenverantwortlicher kommunaler Wirtschaftsförderung
304 deutlich. Die notwendigen Maßnahmen und Mittel müssen von den kommunalen Parlamenten
305 eingefordert werden, um die regionale Wirtschaft zu befördern und nicht vornehmlich die

Antrag A.6.

306 Großunternehmen. Die Hauptaufgabe kommunaler Wirtschaftsförderung ist die Vermittlung in
307 Wirtschaftsförderprogramme von Land, Bund und EU.

308 **3. Schwerpunkte kommunaler linker Wirtschaftspolitik in Leipzig**

309 Die linke Mittelstandspolitik in Leipzig ist auf die politische Unterstützung der Kleinst- und
310 Kleinunternehmer und die Herausbildung leistungsfähiger mittelständischer Unternehmen im
311 Bereich der produzierenden Wirtschaft ausgerichtet. Die Schlüsselaufgabe ist der Aufstieg der
312 einheimischen mittelständischen Unternehmen auf höhere Wertschöpfungsstufen.

313 In folgender Richtung wollen wir die Entwicklung der KMU in Leipzig befördern:

- 314 • Die bedrückende Kleinteiligkeit der Leipziger Wirtschaft muss durch gezielte
315 Ermutigung von Kooperationen schrittweise überwunden werden, und dafür sind mehr
316 Ideen als zusätzliche Finanzen erforderlich. Da die Kleinstunternehmen keine eigenen
317 F/E-Arbeiten finanzieren können, ist auf Zweckverbände zwischen mehreren
318 Unternehmen zu orientieren, die ihrerseits groß genug wären, um als Partner für die
319 zahlreichen Leipziger Forschungseinrichtungen infrage zu kommen. Daraus müssen
320 die dringend notwendigen Innovationen generiert werden, die neue oder verbesserte
321 Produkte und Verfahren und eine gesteigerte Wertproduktion ermöglichen. Eine
322 solche konzeptionelle Vernetzungsstrategie ist ohne einseitige
323 Fördermittelabhängigkeit möglich.
- 324 • Der Kooperationsgedanke ist gleichermaßen mit dem Ziel der Auftragserlangung für
325 größere Investitionslose, die die Leistungsfähigkeit einzelner Mittelständler
326 übersteigen, wichtig.
- 327 • Die Umsetzung innovativer Produktionsfortschritte in den mittelständischen
328 Unternehmen haben den Vorteil, dass sie aufkommensseitig Bindewirkung für
329 Absolventen verschiedener Leipziger Ausbildungsrichtungen entfalten und
330 verwendungsseitig die kommunale Steuerkraft stärken.
- 331 • Qualitativen Innovationsschüben für die Produktionsprogramme mittelständischer
332 Unternehmen ohne zwangsläufigen Ausstoß immer größerer materieller Warenmassen
333 ist der Vorzug zu geben. Auf der Ebene des in Leipzig bereits akkumulierten Wissens
334 in den Bereichen Umweltschutz/Ressourcenschonung, Energie/Klimaschutz,
335 Software/(wissenschaftlicher) Gerätebau, Materialwissenschaften/Baustofftechnik,
336 funktionale und bedienerfreundliche Geräte für eine alternde Bevölkerung ist durch
337 kommunales Handeln noch stärker produktionswirksam zu machen.
- 338 • Die Leipziger Messe hat sich ideenreich in die zu Recht geforderten intensiveren
339 regionalen Wirtschaftskreisläufe einzubringen.
- 340 • Die Kreditvergabe/Bereitstellung von Kapital an den einheimischen Mittelstand sollte
341 in der Geschäftspraxis der Sparkasse bzw. durch Mitwirkung im Kreditausschuss
342 ergebnisorientiert gesteuert werden.
- 343 • Eine nachhaltige linke Mittelstandspolitik trägt zur Stärkung der Stadt Leipzig im
344 überregionalen Standortwettbewerb und mittelbar zur Verbesserung der
345 Haushaltssituation der Kommune und der Lebensqualität der Bevölkerung bei.

346 Die Wirtschaftsförderung für die Zwecke des Mittelstandes wird in folgende Richtungen
347 aktiviert:

- 348 • Im Interesse der bestehenden KMU und der Freiberufler in Leipzig, also des
349 Mittelstandes im umfassenden Sinne, werden die bisherigen Formen der kommunalen
350 Wirtschaftsförderung auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft und bei Notwendigkeit
351 verändert und ergänzt. Ein Schwerpunkt ist die weitere Entwicklung von Mikrokrediten

Antrag A.6.

352 mit revolvierenden Fonds. In Verantwortung ist hier insbesondere das Amt für
353 Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig.

- 354 • Unternehmensneugründungen bei KMU und Freiberuflern stehen im Mittelpunkt der
355 Tätigkeit des Amtes für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig. Hierzu ist
356 insbesondere die Beratungsfunktion des Amtes weiter zu vertiefen und zu
357 intensivieren.
- 358 • Unterstützung der Bildung von Genossenschaften im Bereich der KMU, insbesondere
359 im Bereich des produzierenden Gewerbes, um hier leistungsfähige Unternehmen zu
360 entwickeln, die zu Partnern der kommunalen Unternehmen werden und auch selbst in
361 die Herausbildung von F/E-Kapazitäten investieren können.
- 362 • DIE LINKE. Leipzig sucht die Zusammenarbeit mit den berufsständischen Kammern
363 in unserer Stadt, um die Abstimmung bestehender wirtschaftspolitischer
364 Zielstellungen weiter zu entwickeln. Dies beinhaltet auch die Gestaltung der
365 Wirtschaftsförderung. Kommunale Wirtschaftspolitik der Partei DIE LINKE ist auf die
366 Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe ausgerichtet und gemeinwohlorientiert.
- 367 • DIE LINKE. Leipzig unterstützt alle Aktivitäten des Amtes für Wirtschaftsförderung der
368 Stadt Leipzig und der Kammern, die die Auswirkungen des demographischen Wandels
369 auf die KMU begrenzen sowie deren Leistungsfähigkeit erhalten und ausbauen. Dies
370 auch unter dem Aspekt der Erhaltung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

371 Zur Unterstützung der KMU in Leipzig sind weiterhin folgende Einzelmaßnahmen erforderlich:

- 372 • Bebauungspläne sind an den Interessen von KMU auszurichten, insbesondere den
373 Bedürfnissen von Handel, Handwerk und Gewerbe im Stadtteil/ Ortsteil.
- 374 • Unterstützung der KMU bei der Bereitstellung von angemessenen und bezahlbaren
375 Gewerberäumen, einschl. der zweckgebundenen Vergabe städtischer Brachflächen
376 und Leerstände (auch zeitlich befristet mittels Pachtverträgen).
- 377 • Widerstand gegen den gegenwärtigen Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel
378 zugunsten der großen Filialisten. Dies auch als Beitrag zur Erhaltung und Entwicklung
379 der Attraktivität Leipziger Straßen und Wohngebiete.
- 380 • Die Belastung von KMU durch kommunales Handeln bei Steuern und Abgaben ist auf
381 ein gerechtes und leistungsbezogenes Niveau einzustellen; d.h. es darf nicht zu
382 Belastungen kommen, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der KMU
383 beschränken bzw. gefährden.
- 384 • Ausbau der unmittelbaren finanziellen Förderung von KMU durch die Stadt Leipzig
385 über den Rahmen der bisherigen Mikrokredite hinaus. Dazu ist die Position
386 „Wirtschaftsförderung“ im Haushalt der Stadt Leipzig von 2,3 Mio. € in 2012 auf
387 mindestens 3,0 Mio. € in 2013 zu erhöhen. In den Folgejahren ist dieser Betrag weiter
388 zu gewährleisten und bei Notwendigkeit weiter zu erhöhen.
- 389 • Wir setzen uns für eine Vergabepolitik ein, die den Interessen der KMU dient. Die
390 Vergabeordnung der Stadt Leipzig wird entsprechend geprüft und gegebenenfalls
391 geändert.
- 392 • Die Finanzierung von KMU durch kommunale öffentlich-rechtliche Banken, also
393 insbesondere durch die Sparkasse Leipzig, wird konsequent darauf ausgerichtet, die
394 Leistungsfähigkeit bestehender KMU zu sichern und zu entwickeln. Neugründungen
395 von KMU werden bei hinreichender Leistungsperspektive unterstützt. Gleiches gilt
396 auch für Freiberufler.
- 397 • Unter der Voraussetzung der Einführung der Gemeindegewerbesteuer überprüft die
398 DIE LINKE. Leipzig die Erhebung von gesonderten kommunalen Steuern und Abgaben

Antrag A.6.

- 399
- 400
- 401
- 402
- 403
- 404
- 405
- 406
- 407
- 408
- 409
- 410
- Bei Maßnahmen der Wirtschaftsförderung/ Betriebsansiedlungen im Rahmen der sog. Cluster-Strategie sehen wir eine gemeinsame Verantwortung von Kommune und Land. Die alleinige Verantwortung für evtl. finanzielle Fördermaßnahmen liegt dabei beim Land. Anträge auf Wirtschaftsförderung im Rahmen der sog. Cluster-Strategie sind daher grundsätzlich beim Wirtschaftsministerium des Landes zum Bescheid einzureichen. Das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt fügt dem Antrag immer eine Bewertung des zu fördernden Vorhabens bei, dass in der Entscheidungsfindung zu beachten ist.
 - Über die Landtagsfraktion ist auf die sächsische Landesregierung einzuwirken, dass diese sich verstärkt in die kommunale Förderung der KMU, des Mittelstands gesamt einbringt und so ihrer Gesamtverantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat tatsächlich gerecht wird.

411 **Was erwarten wir von den KMU?**

- 412
- 413
- 414
- 415
- 416
- 417
- 418
- 419
- 420
- 421
- 422
- 423
- 424
- 425
- 426
- 427
- 428
- 429
- 430
- 431
- 432
- Die Akzeptanz der geltenden tariflichen Festlegungen in der Branche. Dort, wo solche Festlegungen nicht existieren, ist der Mindestlohn zu zahlen. Für DIE LINKE ist ein Mindestlohn in Höhe von 10,00 EUR/ brutto verbindlich.
 - Den unbedingten Verzicht auf alles, was unter Lohn-, Sozial- und Preisdumping einzuordnen ist. Wer faire Wettbewerbsbedingungen fordert, muss auch selbst auf fairer Grundlage arbeiten. Die Förderung prekärer Arbeitsverhältnisse in jeglicher Form lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab.
 - Die Unterstützung des Anliegens der Partei, eine Gemeindefischsteuer einzuführen. Diese Steuer soll die bisherige Gewerbesteuer ablösen, erfasst alle Berufsgruppen einschließlich der Freiberufler, die in der Kommune einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen. Mit der Verbreiterung der Erfassungsgrundlage, werden zugleich die finanziellen Möglichkeiten der Kommune erweitert und damit auch deren Handlungsspielraum für eine Auftragsvergabe an die KMU am Standort verbessert.
- DIE LINKE Leipzig knüpft mit diesen Erwartungen an die Kommunalwahlprogramme vergangener Jahre an und schreibt damit ihre wirtschaftspolitischen Aussagen unter den sich verändernden Bedingungen fort. Mit einer konsequenten Mittelstandsorientierung hat linke Wirtschaftspolitik eine Chance, Zeichen gegenüber anderen Parteien in Leipzig zu setzen, für die "Mittelstandsorientierung" oft ein reines Lippenbekenntnis ist. Ziel einer linken Wirtschaftspolitik ist es, Leipzig für alle seine Bürgerinnen und Bürger sowie seine Gäste lebenswert zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Kandidaturen – Stand 1. 3. 2012 – 15:00 Uhr

Stadtvorstand

- Vorsitzender: Dr. Volker Külow
- stv. Vorsitzende: Franziska Godau
Dr. Ilse Lauter
- Schatzmeisterin: Elke Gladytz
- Jugendliste: Nadja Guld
Steffen Juhran
- Frauenliste: Maritta Brückner
Steffi Deutschmann
Karin Gründel
Pia Witte
- Gemischte Liste: Alexander Fichtner
Markus Heide
Werner Kujat
Julius Späte
Simon Zeise

Schlichtungskommission

- Frauenliste: Jenny Leschke
- Gemischte Liste: Kay Kamieth
Steffen Klötzer

Finanzrevisionskommission

- Frauenliste: Eva Firesch
Brigitte Naumann
Ursula Kleinhenz
- Gemischt Liste: Josef Pach
Gert Seifert